

STARKES DEUTSCHLAND. CHANCEN FÜR ALLE!

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDS DER
CDU DEUTSCHLANDS AN DEN 25. PARTEITAG
AM 4./5. DEZEMBER 2012 IN HANNOVER

CDU

1 1.

2 **Starkes Deutschland. Chancen für Alle!**

3 I. Deutschland 2012: Unser Land steht gut da

4 II. Wir wollen Wohlstand für Alle

5 III. Arbeit für Alle

6 1. Deutsches Job-Wunder

7 2. Verantwortliches Unternehmertum braucht faire
8 Rahmenbedingungen

9 3. Den demografischen Wandel gestalten

10 4. Zukunft braucht Fachkräfte

11 IV. Standort Deutschland stärken

12 1. Vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker

13 2. Europa: Grundstein unseres Erfolges

14 3. Energiewende voranbringen und Rohstoffstrategie
15 durchsetzen

16 4. Deutschland als innovative Wissens- und
17 Gründergesellschaft voranbringen

18 5. Chancen der Digitalisierung erkennen und ergreifen

19 6. Wie Deutschland mobil bleibt

20 V. Deutschland 2025

21 2.

22 I. Deutschland 2012: Unser Land steht gut da

23 Deutschland ist uns eine gute Heimat, in der die Menschen gerne
24 leben. Wir sind eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt. Mit
25 unserer demokratischen Kultur, unserer freiheitlichen Ordnung und
26 unserem leistungsfähigen Sozialstaat sind wir ein weltweit
27 geachteter Partner und Vorbild für viele Nationen.

28 Unser Land steht heute so gut da wie lange nicht mehr. Das ist
29 zuallererst ein Erfolg der tüchtigen Menschen. Aber der Erfolg ist
30 auch ein Verdienst der klugen Politik der CDU. Wir haben die
31 Weichen für diesen Erfolg gestellt. Arbeitgeber und
32 Gewerkschaften, Unternehmer und Betriebsräte haben mit
33 weitsichtigen Entscheidungen den politischen Kurs entschieden
34 unterstützt. Unser Land profitiert davon durch neue Arbeitsplätze
35 und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, die „Made in
36 Germany“ weiter zu einem weltweit geachteten Aushängeschild
37 macht.

38 Kaum ein Land hat die Wirtschafts- und Finanzkrise der
39 vergangenen Jahre so gut gemeistert wie Deutschland. Davon
40 profitieren die Menschen in unserem Land. Das macht uns aber
41 auch zu einem Motor internationaler Politik und versetzt uns in die
42 Lage, in Europa und der Welt Verantwortung zu übernehmen.

43 3.

44 Seit Beginn der Kanzlerschaft von Angela Merkel ist unser Land
45 wieder zu einer der weltweit führenden Volkswirtschaften geworden.
46 Die Zahlen sind beeindruckend: 2010 und 2011 ist die Wirtschaft in
47 Deutschland zusammen um mehr als sechs Prozent gewachsen –
48 so kräftig, wie zuletzt im Vereinigungsboom Anfang der 90er Jahre.
49 Heute haben so viele Menschen wie noch nie einen Arbeitsplatz in
50 unserem Land.

51 Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft in
52 Wohlstand leben. Dazu wollen wir noch mehr sichere und gut
53 bezahlte Arbeitsplätze. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die
54 Menschen füreinander eintreten, in der die Generationen
55 füreinander einstehen und die Gewissheit besteht, dass uns das
56 Wohl zukünftiger Generationen genauso wichtig ist wie das der
57 heutigen.

58 Mit den Ideen und dem Engagement der Menschen sowie unserer
59 wirtschaftlichen Kraft wollen wir auch dazu beitragen, die großen
60 globalen Herausforderungen zu lösen, vor denen die
61 Weltgemeinschaft steht. Hier kann unser Land mit innovativen

62 Lösungen und einer nachhaltigen Politik eine wichtige Rolle
63 spielen. Nachhaltig heißt vor allem: Wir gestalten Fortschritt und
64 Wachstum so, dass unsere Lebensgrundlagen auch für unsere
65 Kinder und Enkel gesichert bleiben.

66 4.

67 Die anhaltende Verschuldungskrise in Europa ist eine
68 Herausforderung von historischem Ausmaß für unseren gesamten
69 Kontinent. Die CDU-geführte Bundesregierung handelt in dieser
70 Situation solidarisch und entschlossen. Sie hat gemeinsam mit
71 unseren europäischen Partnern wichtige Maßnahmen für die
72 Bewältigung der Schuldenkrise in Europa auf den Weg gebracht.

73 Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt
74 sind zwei neue Instrumente, die ein Ziel haben: In Europa soll die
75 Wirtschaft wachsen und nicht der Schuldenberg. Gemeinsam mit
76 unseren europäischen Partnern stellen wir uns dieser
77 Herausforderung. Denn Europa und der Euro bedeuten nicht nur
78 Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert. Sie sind auch der Garant
79 für Wachstum und Wohlstand. Wenn wir die Zukunft erfolgreich
80 gestalten wollen, dürfen wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen.
81 Die Globalisierung bietet hierfür immer wieder neue Chancen: Sie
82 öffnet immer mehr Märkte und bringt gleichzeitig neue
83 Wettbewerber hervor, die uns herausfordern. Die digitale Revolution
84 beschleunigt weltweit mit großer Geschwindigkeit die
85 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen und prägt
86 mehr und mehr den Alltag der Menschen. Durch immer schnellere
87 Entwicklungen kommt es zu einer immer größeren Konkurrenz. Das
88 erfordert von uns Deutschen entschlossene Anstrengungen, um
89 unseren Platz zu behaupten.

90 5.

91 Auch die Weltbevölkerung nimmt rasant zu. 1950 hatte die Welt
92 rund 2,5 Milliarden Einwohner, jeder Fünfte war ein Europäer. Im
93 letzten Jahr ist der siebenmilliardste Weltbürger geboren worden
94 und nur noch jeder 14. Mensch ist heute ein Europäer. Durch diese
95 Entwicklung verschieben sich die wirtschaftlichen Gewichte. Die
96 Märkte der Zukunft liegen nicht länger nur vor unserer
97 europäischen Haustür, sondern in den Schwellenländern Asiens
98 und Lateinamerikas, aber auch in Afrika und der arabischen Welt.
99 Sie sind die neuen Motoren der Weltwirtschaft, die immer größeren
100 wirtschaftlichen Einfluss gewinnen.

101 Wir wollen Deutschland in eine gute Zukunft führen. Deswegen
102 müssen wir bereits heute die Weichen dafür stellen, dass unsere
103 Zukunftsvorstellungen für das Jahr 2025 Wirklichkeit werden

104 können. Wir wollen langfristig daran arbeiten, dass Deutschland
105 auch im kommenden Jahrzehnt eine weltweit führende Rolle spielt
106 und den Menschen in unserem Land eine gute Heimat ist. Wir sind
107 davon überzeugt, dass die Antwort auf diese Herausforderungen in
108 einer verantwortungsvollen Weiterentwicklung der Sozialen
109 Marktwirtschaft liegt. Sie hat unserem Land Wohlstand und soziale
110 Sicherheit gebracht. Keinem anderen Wirtschaftsmodell kann es
111 besser gelingen, unseren Wohlstand auch im 21. Jahrhundert zu
112 sichern.

113 **6.**

114 **II. Wir wollen Wohlstand für Alle**

115 Die Politik der CDU gründet auf dem christlichen Menschenbild. Aus
116 diesem Bild vom Menschen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit,
117 Solidarität und Gerechtigkeit her. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein
118 Gesellschaftsmodell, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt,
119 dessen Würde unantastbar ist. Sie verbindet wie keine andere
120 Wirtschaftsordnung die Vorteile einer freien Wirtschaft mit der
121 Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen
122 Verantwortung.

123 Die Soziale Marktwirtschaft war die Voraussetzung für einen
124 raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands und für
125 einen erfolgreichen Aufbau Ost im Zuge der Deutschen Einheit. Sie
126 hat unserem Land Wohlstand beschert. Sie ermöglicht den
127 Menschen ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches
128 Handeln, indem sie ihnen soziale Sicherheit bietet und so die
129 Möglichkeit eröffnet, sich nach ihren Neigungen und Fähigkeiten zu
130 entwickeln. Sie fördert die betriebliche Partnerschaft,
131 Tarifautonomie und Mitbestimmung und leistet auf diesem Weg
132 einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

133 Dennoch muss die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft immer
134 wieder neu gewonnen werden. Viele Menschen verlieren angesichts
135 globaler Krisen das Vertrauen in das Wohlstandsversprechen der
136 Marktwirtschaft. Vor allem die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise
137 hat dieses Vertrauen erschüttert. Dabei ist gerade diese Krise
138 aufgrund von Verstößen gegen die Prinzipien der Sozialen
139 Marktwirtschaft entstanden. Wir wollen dafür sorgen, dass diese
140 Prinzipien wieder stärker zur Geltung kommen und gleichzeitig
141 vermeiden, dass es zu unerfüllbaren Erwartungen an den Staat
142 kommt.

143 **7.**

144 Auch der verstärkte Wettbewerb unterschiedlicher wirtschaftlicher
145 und gesellschaftlicher Kulturen erfordert von uns neue Antworten.
146 Die aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländer orientieren
147 sich nicht mehr nur an den oft schuldengeplagten
148 Marktwirtschaften der westlichen Welt. Sie sehen die großen
149 wirtschaftlichen Fortschritte in den staatlich gelenkten
150 Volkswirtschaften Chinas und anderen Regionen. Dabei ist für uns
151 klar, dass der staatsgelenkte Kapitalismus keine überzeugende
152 Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft ist. Die Soziale
153 Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie verbindet
154 Freiheit mit Verantwortung, unternehmerisches Risiko mit
155 persönlicher Haftung und strebt den fairen Ausgleich der Interessen
156 an. Sie ist die Ordnung, die unserem christlichen Menschenbild und
157 den Vorstellungen freiheitlich demokratischer Ordnung entspricht.
158 Deshalb geht es nicht allein um die Frage, wie wir in dieser
159 globalisierten Welt unsere Wettbewerbsposition im Welthandel
160 verbessern, sondern es geht vielmehr auch um die Frage, wie wir
161 für unsere Werte eintreten und Freiheit sichern. Dabei lassen wir
162 uns von folgenden Prinzipien leiten:

163 **8.**

164 1. Wir sehen die Stärke Deutschlands in seinen Menschen, die mit
165 viel Fleiß und Ideen immer wieder Produkte und
166 Dienstleistungen entwickeln, herstellen oder anbieten, die bei
167 uns und weltweit gefragt sind. Mit diesen Fähigkeiten und ihrer
168 Leistungsbereitschaft bilden sie das Fundament für den
169 Wohlstand der heutigen Generation. Zugleich leisten sie damit
170 einen wichtigen Beitrag, nachfolgenden Generationen die
171 Chance auf eine gute Entwicklung zu eröffnen.

172 2. Wir wollen eine echte Chancengesellschaft. Deutschland ist ein
173 Land der Möglichkeiten. Hier soll jeder die Chance auf Erfolg
174 haben und nach seinem persönlichen Glück streben können –
175 Zukunft darf nicht von der Herkunft abhängen. Deshalb wollen
176 wir eine Bildungsrepublik, in der alle gute Bildungschancen
177 haben. Wir stehen für Respekt vor Leistung und Tüchtigkeit, für
178 das Recht auf eine neue Chance und für Solidarität gegenüber
179 den Schwachen.

180 **9.**

181 3. Wir sehen uns durch den großen Erfolg im Kampf gegen die
182 Arbeitslosigkeit ermutigt, weitere Anstrengungen für neue
183 Arbeitsplätze und Wachstum auf den Weg zu bringen. Wir

184 wollen, dass alle Menschen in unserem Land Einkommen
185 erzielen können, mit denen sie für sich sorgen können.

186 4. Wir sind überzeugt: Wir können die Zukunft in unserem Land
187 umso besser gestalten, je mehr Menschen sich für unsere
188 Gesellschaft engagieren – in Politik, Vereinen, Kirchen oder
189 Gewerkschaften. Dazu setzen wir auf eine Politik, die
190 Engagement fördert und dazu ermuntert, Veränderungen als
191 Chance zu begreifen und Verantwortung zu übernehmen.

192 **10.**

193 5. Wir wollen verantwortliches Unternehmertum in allen Bereichen
194 der Wirtschaft stärken. Wirtschaftliches Engagement darf nicht
195 losgelöst von gesellschaftspolitischer Verantwortung
196 vorangetrieben werden. Dafür wollen wir das Leitbild des
197 „ehrbaren Kaufmanns“ stärken. Ein Vorbild dafür sind unsere
198 zahlreichen Familienunternehmen, gerade in Mittelstand und
199 Handwerk. Sie sind das Rückgrat für den wirtschaftlichen Erfolg
200 in unserem Land.

201 6. Wir sind überzeugt: Wirtschaftliche Stärke und finanzielle
202 Solidität sind die Voraussetzungen für unsere
203 Zukunftsfähigkeit. Unsere attraktive Wirtschaftsstruktur aus
204 Großindustrie und Mittelstand, in der produzierende
205 Unternehmen und Dienstleister Hand in Hand arbeiten, hat
206 unserem Land in der Krise Stabilität gegeben. Nur auf einer
207 gesunden ökonomischen Grundlage wird es Deutschland
208 gelingen, weiterhin für Wohlstand und soziale Sicherheit zu
209 sorgen. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft sehen wir uns in
210 einer besonderen Verantwortung für die wirtschaftliche, soziale
211 und ökologische Zukunft unseres Landes.

212 **11.**

213 7. Wir wollen gute Entwicklungsmöglichkeiten in allen Regionen
214 unseres Landes. Unsere erfolgreiche Politik für die neuen
215 Länder werden wir fortsetzen und dafür sorgen, dass die
216 Zusagen des Solidarpakts eingehalten werden. Unsere
217 Verantwortung gilt dabei nicht nur einer selbsttragenden
218 Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern, sondern auch einer
219 guten Entwicklung in allen strukturschwachen Gebieten in Ost
220 und West, Nord und Süd.

221 8. Wir wollen, dass Länder und Kommunen ausreichend
222 Spielraum haben, um im weltweiten Wettbewerb der Regionen
223 bestehen zu können. Dafür brauchen sie keine Antworten von

224 der Stange, sondern flexible Lösungen. Wir setzen deshalb auf
225 die bewährten Prinzipien Subsidiarität und Föderalismus.
226 Subsidiarität ist die Voraussetzung für gelebte Verantwortung
227 in den Kommunen. Föderalismus schafft
228 Entscheidungsspielräume vor Ort. Differenzierte Standards und
229 Regionalbudgets können dabei neue Möglichkeiten eröffnen
230 und die kommunale Selbstverantwortung stärken. Das bedeutet
231 auch: Wir lassen mehr Unterschiedlichkeit zu und setzen auf
232 die Kraft des Wettbewerbs als Motor für Fortschritt.

233 **12.**

234 9. Wir wollen eine Gesellschaft, die „Ja“ sagt zu Wachstum, aber
235 „Nein“ zu Wachstum auf Pump. Ohne Wachstum wäre
236 „Wohlstand für Alle“ in Deutschland nicht möglich gewesen.
237 Wir wollen deshalb Nachhaltigkeit zu einem festen Prinzip in
238 unserer Gesellschaft machen. Gerade aus unserem christlichen
239 Menschenbild folgt: Wir haben kein ungebundenes,
240 schrankenloses Herrschafts- und Verfügungsrecht – weder
241 über die Natur noch über die finanziellen Ressourcen
242 kommender Generationen. Wir wollen daher Fortschritt und
243 Wachstum so gestalten, dass die Lebensgrundlagen auch für
244 künftige Generationen gesichert bleiben. Wir setzen auf ein
245 ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum
246 und eine gerechte Teilhabe aller. Deshalb treten wir weltweit für
247 die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für faire
248 Wettbewerbsbedingungen ein.

249 **13.**

250 10. Wir wollen Fortschritt und Wachstum so gestalten, dass auch
251 unsere Kinder und Enkel in Wohlstand leben können. Dazu
252 gehört ein klares „Ja“ zu Innovationen und neuen
253 Technologien. Der Wunsch und die Notwendigkeit, natürliche
254 Grenzen zu überwinden und unsere Lebensbedingungen mit
255 den Mitteln der Technik zu verbessern, gehören zum
256 menschlichen Dasein und sind wichtige Elemente, sich
257 Herausforderungen erfolgreich zu stellen. Wir wollen daher
258 Rahmenbedingungen schaffen, die bessere Produkte, bessere
259 Dienstleistungen und zukunftsfähige Innovationen
260 hervorbringen. Denn nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht in
261 erster Linie „mehr“ zu produzieren, sondern „Besseres“ zu
262 schaffen.

263 14.

264 III. Arbeit für Alle

265 1. Deutsches Job-Wunder

266 „Arbeit für Alle“ ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit
267 ermöglicht ein Leben in Würde. Zugleich müssen die
268 Arbeitsbedingungen der Würde der arbeitenden Menschen gerecht
269 werden. In diesem Sinne gilt für uns „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

270 In Deutschland gibt es über 41 Millionen Erwerbstätige. Das sind 2,6
271 Millionen mehr als 2005. Heute können in unserem Land mehr
272 Menschen als je zuvor in Arbeit für sich sorgen und sich
273 verwirklichen. Seit über zwei Jahren liegt die Zahl der Arbeitslosen
274 Monat für Monat unter dem Vorjahreswert. Jeden Tag entstehen
275 rund 1500 neue Arbeitsplätze. Gegenüber 2005 hat sich bei uns die
276 Arbeitslosenquote fast halbiert, während sie in den anderen Staaten
277 der Europäischen Union um durchschnittlich 15 Prozent gestiegen
278 ist. Wir sind das einzige Land in der EU, das derzeit eine deutlich
279 niedrigere Arbeitslosenquote hat als vor der Krise.

280 15.

281 Das „deutsche Jobwunder“ hat viele positive Entwicklungen
282 ausgelöst. Die realen Nettoeinkommen steigen dieses Jahr
283 voraussichtlich das dritte Jahr in Folge. Die
284 Einkommensunterschiede sind heute dank der steigenden Zahl der
285 Erwerbstätigen niedriger als 2006. Die Zahl der
286 „Normalarbeitsverhältnisse“ ist mit einem Plus von 1,6 Millionen
287 seit 2005 deutlich stärker angestiegen als die der sogenannten
288 atypischen Beschäftigungsverhältnisse (plus 1,2 Millionen). Auch
289 der Anteil derjenigen, die aus einer befristeten Beschäftigung in ein
290 festes Arbeitsverhältnis übernommen werden, ist von gut 40
291 Prozent in 2005 auf nahe 60 Prozent in 2011 angestiegen.

292 Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeit spielen auf
293 dem Arbeitsmarkt heute eine wichtige Rolle. Mit der so erzielten
294 Flexibilität sind zusätzliche Beschäftigungsfelder erschlossen und
295 Wachstum ermöglicht worden. So hat die Teilzeit auch eine bessere
296 Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich gemacht. Aber auch
297 für viele Menschen, die bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen
298 waren, sind neue Einstiegsmöglichkeiten entstanden. So ist zum
299 Beispiel die Zeitarbeit ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches
300 Instrument geworden. Sie bietet Unternehmen Flexibilität für
301 Auftragsspitzen und arbeitslosen Arbeitnehmern die Chance auf
302 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Davon haben
303 insbesondere Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte profitiert.

304 Wir wollen die damit verbundenen Chancen weiter nutzen und
305 treten dafür ein, dass die Tarifparteien die Arbeitsbedingungen in
306 der Zeitarbeit regeln. Auf Grundlage eines gemeinsamen
307 Vorschlags von den für die Zeitarbeit zuständigen
308 Tarifvertragsparteien haben wir die erste untere Lohngrenze in der
309 Zeitarbeit festgelegt.

310 **16.**

311 Gleichzeitig übersehen wir aber auch nicht die Risiken, die damit
312 verbunden sind und haben Verfehlungen – beispielsweise mit dem
313 Gesetz gegen Missbrauch von Zeitarbeit – bekämpft. Je länger die
314 Bezahlung von Zeitarbeitnehmern und Stammbeschaft
315 auseinanderklaffen, desto schwieriger ist dies unter
316 Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu rechtfertigen. Deshalb haben wir
317 den Grundsatz der Entgeltgleichheit („Equal Pay“) im Gesetz
318 verankert, von dem nur tarifvertraglich abgewichen werden kann.
319 Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, den Grundsatz
320 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für
321 Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die
322 Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter
323 Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten
324 auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen. Wir setzen darauf,
325 dass die Tarifpartner jeweils maßgeschneiderte Lösungen für eine
326 Annäherung der Entlohnung der eingesetzten
327 Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer an die
328 Stammbeschaft in der jeweiligen Branche vereinbaren. Die
329 Regelungen, die Tarifpartner z. B. in der Metall- und Elektroindustrie
330 und der Chemieindustrie gefunden haben, sind dafür gute Beispiele.

331 Wir werden die Gespräche der Tarifpartner aufmerksam begleiten
332 und prüfen, ob und in welchem Umfang darüber hinaus noch
333 Handlungsbedarf besteht.

334 **17.**

335 ***Kompetenzen von Frauen besser nutzen***

336 Immer mehr Frauen sind heute berufstätig. Die Quote der
337 erwerbstätigen Frauen ist seit 2005 von 60 auf 71 Prozent gestiegen
338 – stärker als in jedem anderen Land der EU. Dennoch muss der
339 Arbeitsmarkt noch viel stärker als bisher für Frauen geöffnet
340 werden und attraktive Karrierewege ermöglichen. Frauen sind oft
341 besser ausgebildet als Männer, verfügen über bessere
342 Qualifikationen, bekommen aber dennoch für gleiche Arbeit oft
343 weniger Lohn. Viele sind in Teilzeit beschäftigt, obwohl sie gerne in
344 größerem Umfang arbeiten würden. Das wollen wir im Interesse von
345 Beschäftigten und Unternehmen ändern. Wir werden daher einen
346 besonderen Schwerpunkt darauf legen, die Rückkehr von der

347 Teilzeit- zur Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Gerade für Mütter
348 – aber auch Väter – nach einer Erziehungsphase, muss der
349 schrittweise Weg zurück in eine Vollzeitbeschäftigung leichter
350 möglich sein. Wir sehen darin auch einen Schritt auf dem Weg zu
351 Strukturen, die es ermöglichen, die Kompetenz der Frauen stärker
352 als bisher zu nutzen. Dabei spielen wir keine Lebensentwürfe
353 gegeneinander aus. Alle verdienen unabhängig von ihrer
354 Lebenssituation und Ausgestaltung ihrer Familien und
355 Berufstätigkeit unsere Anerkennung und Unterstützung.

356 **18.**

357 Wir wollen den Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten
358 von Unternehmen erhöhen und dies gesetzlich regeln. Dabei
359 müssen Bund, Länder und Kommunen mit gutem Beispiel
360 vorangehen. Mit einer „Flexi-Quote“ wollen wir von den
361 Unternehmen fordern, sich selbst zu verpflichten, eine verbindliche
362 Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat festzulegen. Diese soll
363 öffentlich ausgewiesen werden und darf nicht nachträglich nach
364 unten berichtigt werden. In den letzten elf Jahren hat der Mittelstand
365 zwar positive Ergebnisse bei der Besetzung von
366 Führungspositionen durch Frauen erzielt, dagegen haben die DAX-
367 Unternehmen die von ihnen selbst formulierten Erwartungen nicht
368 erfüllt. In Zukunft muss es ein stärkeres Maß an Verbindlichkeit
369 geben, damit 2020 im Schnitt 30 Prozent der Aufsichtsratsmandate
370 der mitbestimmungspflichtigen Unternehmen mit Frauen besetzt
371 sind.

372 **19.**

373 *Familiengerechte Arbeitswelt*

374 Wir wollen keine arbeitsgerechten Familien, sondern eine
375 familiengerechte Arbeitswelt. Hierfür wollen wir die Vereinbarkeit
376 von Familie und Beruf weiter verbessern. Deshalb ist es richtig, die
377 Betreuungsplätze für Kinder von ein bis unter drei Jahren massiv
378 auszubauen und einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab
379 2013 einzuführen. Darüber hinaus brauchen wir auch Betriebs-Kitas
380 sowie genügend Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen
381 Betreuungszeiten, da nicht jede Erwerbstätigkeit einem „normalen“
382 Acht-Stunden oder Fünf-Tage-Rhythmus folgen kann. Weitere
383 Möglichkeiten zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf
384 können flexiblere Arbeitszeiten, Telearbeit und das sogenannte
385 „Job-Sharing“ bieten. Auch die steuerlichen Möglichkeiten zum
386 Einsatz von haushaltsnahen familienunterstützenden
387 Dienstleistungen wollen wir weiter verbessern.

388 20.

389 ***Familienzeitpolitik***

390 Zentrales Element auf dem Weg zu einer familiengerechten
391 Arbeitswelt ist der Faktor Zeit. Nachhaltige Familienpolitik heißt für
392 uns deshalb, Zeit für Familie zu schaffen. Zwei Drittel der Väter und
393 ein Drittel der Mütter beklagen, dass sie zu wenig Zeit für ihre
394 Kinder haben. Mit Blick auf ein neues Gleichgewicht aus Privat- und
395 Berufsleben wollen wir mit einer innovativen Lebenszeitpolitik
396 Möglichkeiten für berufliche Auszeiten eröffnen – etwa zur
397 Erziehung der Kinder, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege
398 der eigenen Eltern.

399 Wir wollen die Großelternzeit weiterentwickeln: Künftig sollen alle
400 Großeltern die Möglichkeit haben, ihre Erwerbstätigkeit zu
401 unterbrechen oder zu reduzieren, um sich um ihre Enkel kümmern
402 zu können. Gerade junge Eltern, die beruflich noch Fuß fassen
403 müssen, sollen so zeitlich entlastet werden. Um den Bedürfnissen
404 der Kinder Rechnung zu tragen, soll zudem die Elternzeit
405 flexibilisiert werden: Eltern sollen künftig zwei Drittel der Elternzeit
406 flexibel nehmen dürfen, und zwar bis zur Vollendung des 14.
407 Lebensjahres ihrer Kinder.

408 21.

409 ***Menschliche Arbeitswelt***

410 Immer schnellere Veränderungen in der Arbeitswelt eröffnen viele
411 neue Freiheiten und Möglichkeiten für die Arbeitnehmer. Wir wollen
412 die damit verbundenen Chancen nutzen, auch in dem Bewusstsein,
413 dass Arbeit immer besser als Arbeitslosigkeit und für die Teilhabe
414 am gesellschaftlichen Leben und die Psyche des Einzelnen
415 förderlich ist. Aber wir sehen auch mit Sorge die Zunahme von
416 psychischen Erkrankungen in der gesamten Gesellschaft, auch in
417 Folge von Arbeitsverdichtung und Überlastung. Es muss alles getan
418 werden, damit Gesundheit sowie Arbeits- und
419 Beschäftigungsfähigkeit bei jüngeren wie älteren Beschäftigten
420 erhalten bleibt und ein längeres Leben und Arbeiten in guter
421 seelischer und körperlicher Verfassung möglich ist. Hierfür sind
422 neue vorbeugende Konzepte erforderlich. Der Tendenz zur
423 ständigen Erreich- und Verpflichtbarkeit gilt es entgegenzuwirken.
424 Die besten Lösungen sollen auch hierbei von Arbeitgebern und
425 Arbeitnehmern partnerschaftlich gefunden werden. Wir appellieren
426 an die Betriebsparteien und Tarifpartner, das Instrument des
427 betrieblichen Gesundheitsmanagements stärker zu nutzen.

428 **22.**

429 ***Gute Arbeit gibt Sicherheit und braucht starke Tarifpartner***

430 Sichere Erwerbsarbeit und auskömmliche Einkommen erleichtern
431 Lebensentscheidungen wie Ehe oder Familiengründung. Sie stärken
432 das seelische Gleichgewicht und binden Familien in ihr
433 gesellschaftliches Umfeld ein. Unsere Überzeugung ist es, dass die
434 Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in erster
435 Linie bei den Tarifpartnern liegt. Der Staat hingegen ist am
436 Arbeitsmarkt vor allem für die Festlegung von Mindeststandards
437 zuständig, die durch tarifliche oder betriebliche Regelungen
438 verbessert werden können. Zugleich ist er dort gefordert, wo die
439 Tarifpartner den Staat im Rahmen der gesetzlichen Regeln bitten,
440 tarifliche Vereinbarungen – etwa bei branchenspezifischen
441 Mindestlöhnen – durchzusetzen. Wir stehen auch zu
442 Rahmenbedingungen, die eine Beschäftigung für Geringqualifizierte
443 in einfacher Arbeit mit Löhnen und Gehältern attraktiv machen, die
444 der Produktivität entsprechen. Wir halten es dabei für richtig, dass
445 niedrig entlohnte Arbeitnehmer finanziell unterstützt werden, vor
446 allem wenn es um die Versorgung von Familien geht.

447 **23.**

448 ***Lohnuntergrenze einführen***

449 Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche
450 Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein
451 tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die
452 Lohnuntergrenze soll durch eine Kommission der Tarifpartner
453 festgelegt und sich an den für allgemein verbindlich erklärten
454 tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung
455 von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der
456 Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und
457 damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen
458 politischen Mindestlohn.

459 **24.**

460 **2. Verantwortliches Unternehmertum braucht faire**
461 **Rahmenbedingungen**

462 Verantwortungsbewusste Unternehmer und tüchtige, gut
463 qualifizierte Arbeitnehmer bilden mit ihrer Kreativität und
464 Leistungsbereitschaft ein wesentliches Fundament unserer
465 Gesellschaft. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass
466 Frauen und Männer bereit sind, persönliche Risiken und
467 Verantwortung zu übernehmen. Nur so entstehen in einer
468 Marktwirtschaft Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Staat muss dafür
469 die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

470 ***Faire Rahmenbedingungen schaffen***

471 Hier haben wir seit 2005 große Fortschritte erzielt: Es wurden bei
472 der Unternehmensteuer Wachstumshemmnisse beseitigt und die
473 Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung verbessert.
474 Genauso wurden Voraussetzungen für eine einfachere
475 Unternehmensnachfolge geschaffen. Die gewerbesteuerliche
476 Hinzurechnung wurde entschärft, die Zinsschranke abgemildert und
477 die Umsatzsteuer für den Mittelstand durch eine stärkere
478 Orientierung an den tatsächlichen Umsätzen besser ausgestaltet.
479 Auch die deutliche Verringerung der Bürokratiekosten aufgrund
480 staatlicher Informationspflichten entlastet die Unternehmen.

481 **25.**

482 Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass die
483 Unternehmensfinanzierung durch Eigenkapital gerade im Interesse
484 von Mittelstand und Familienunternehmen steuerlich besser
485 behandelt und der Nachteil gegenüber der Fremdfinanzierung
486 abgebaut wird. Unternehmerische Entscheidungen sollen sich auch
487 bei der Finanzierung in erster Linie nach wirtschaftlichen und nicht
488 nach steuerlichen Gesichtspunkten richten, weil nur so eine
489 nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werden kann.

490 **26.**

491 In Europa müssen die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt
492 sein, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb
493 konkurrenzfähig ist. Wir setzen uns dabei für eine konsequente
494 europäische Industriepolitik ein, bei der noch stärker gegen
495 unlauteren Wettbewerb vorgegangen wird und ein allgemeiner
496 Abbau von Subventionen im Vordergrund steht. Für uns ist aber
497 auch klar, dass der Beihilferahmen innerhalb der europäischen
498 Union so gestaltet werden muss, dass unsere Industrien nicht
499 einseitig Nachteile erfahren.

500 **27.**

501 ***Erfolgreiches Wirtschaften braucht klare Regeln für die***
502 ***Finanzmärkte***

503 Die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrisen der vergangenen Jahre
504 haben die enge Verbindung von Finanz- und Realwirtschaft auf die
505 Probe gestellt und das gegenseitige Vertrauen stark erschüttert.
506 Einen erheblichen Anteil daran hatten eine unzureichende Aufsicht
507 und Regulierung, die mit den rasanten Entwicklungen und der
508 globalen Vernetzung der Finanzmärkte nicht Schritt gehalten haben:
509 Es fehlte an internationaler Abstimmung und Durchsetzung. Eine
510 dauerhafte Stabilisierung der Finanzmärkte kann somit nur
511 gelingen, wenn in Europa wie auch weltweit weitere Reformschritte
512 insbesondere bei der Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte

513 und der dort Handelnden unternommen werden. Wir setzen uns im
514 Rahmen der G20 weiterhin dafür ein.

515 Wir haben aber bereits wichtige Fortschritte erzielt. Es wurden u. a.
516 die Aufsicht und Regulierung der Ratingagenturen verbessert und
517 die Zulassungskriterien für Fondsmanager verschärft. Wo eine
518 gemeinsame Lösung bisher nicht möglich war, sind wir mit
519 nationalen Regelungen vorangeschritten, etwa beim Verbot der
520 ungedeckten Leerverkäufe und der Verschärfung der nationalen
521 Bankenaufsicht.

522 **28.**

523 Es gibt noch viel zu tun, um die Reformen des Finanzsektors
524 konsequent weiter voranzutreiben und zukünftigen
525 Finanzmarktkrisen wirksam vorzubeugen. Hierzu gehören u. a. die
526 Stärkung der Kapitalpolster von Banken, eine Reform des
527 Versicherungsaufsichtsrechts (Solvency II) sowie die Regulierung
528 des Hochfrequenzhandels. Schließlich wollen wir mit der
529 Einführung einer Finanztransaktionssteuer die Finanzmärkte stärker
530 an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Bei diesen Regelungen
531 wollen wir Nachteile für den Standort Deutschland, insbesondere
532 die Mittelstandsfinanzierung, weitgehend vermeiden und
533 Kleinanleger sowie die betriebliche und private Altersvorsorge
534 schützen.

535 **29.**

536 *Für ein funktionsfähiges europäisches Insolvenz- und*
537 *Restrukturierungsverfahren für Banken*

538 Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen auch für
539 Finanzinstitute gelten: Wer mit riskanten Geschäften hohe Gewinne
540 machen will, muss auch für auftretende Verluste haften. Da der
541 Ausfall eines einzelnen Instituts die Stabilität des weltweiten
542 Systems gefährden kann, wird das Prinzip der Haftung bei
543 systemrelevanten Banken regelmäßig ausgehöhlt. Dieses Dilemma
544 kann nur durch ein funktionsfähiges internationales
545 Insolvenzverfahren für Finanzinstitute gelöst werden.

546 Die CDU-geführte Bundesregierung hat 2010 hierfür ein Insolvenz-
547 und Restrukturierungsverfahren und im Zuge dessen eine
548 Bankenabgabe eingeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass es auf die
549 europäische Ebene übertragen wird. Bei einer geordneten und
550 geregelten Abwicklung haften auch die Eigentümer der Bank oder
551 die Anleger, die vorher von den Gewinnen profitiert haben.
552 Gleichzeitig ist es auch ein zentrales Element der Krisenprävention:
553 Nur wenn Anleger als Gläubiger haften, werden sie mit ihrem
554 Kapital verantwortungsvolle Investitionsentscheidungen treffen.

555 **30.**

556 Gleichzeitig brauchen wir eine vorbeugende Bankenaufsicht, um
557 Schieflagen von internationalen Banken möglichst zu verhindern.
558 Eine gemeinsame Währung erfordert eine einheitliche Regulierung
559 und Aufsicht. Deshalb haben wir zum 1. Januar 2011 eine neue
560 europäische Aufsichtsstruktur über die Finanzmärkte geschaffen,
561 die noch weiterentwickelt werden muss. Die CDU tritt hierbei für
562 eine effektive, integrierte europäische Aufsicht ein, die eng und
563 transparent mit den nationalen Aufsichtsbehörden
564 zusammenarbeitet.

565 Eine wirksame Aufsicht und das gemeinsame Insolvenz- und
566 Restrukturierungsverfahren sind wichtige Elemente einer von uns
567 angestrebten Bankenunion in Europa. Sie soll gemeinsam mit der
568 Fiskalunion helfen, grenzüberschreitende Krisen künftig mit
569 grenzüberschreitenden Regeln zu verhindern.

570 **31.**

571 ***Glaubwürdige Führungsverantwortung***

572 Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmensführung den
573 langfristigen Erfolg im Blick hat. Diese langfristige Orientierung
574 muss auch eine entscheidende Rolle bei der Entlohnung von
575 Führungskräften spielen. Die zum Teil nicht mehr nachvollziehbaren
576 Gehaltsentwicklungen der letzten Jahre ließen sich nur allzu selten
577 aus einer allgemeinen und langfristigen Entwicklung der jeweiligen
578 Unternehmen herleiten. Wir sind für eine angemessene Bezahlung
579 derjenigen, die ein besonders Maß an Verantwortung tragen. Das
580 gilt insbesondere für Vorstände und Geschäftsführer von
581 Unternehmen, die für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land
582 sorgen. Glaubwürdige Führungsverantwortung geht für uns aber
583 auch einher mit der Bereitschaft, Maß zu halten. Ein angemessenes
584 Verhältnis zwischen Leistung und Bezahlung darf nicht verloren
585 gehen. Ebenso darf Missmanagement nicht belohnt, Haftung nicht
586 ausgeschlossen werden. Deshalb drängen wir darauf, die Regeln
587 guter Unternehmensführung, so wie sie im „Deutschen Corporate
588 Governance Kodex (DCGK)“ verankert sind, einzuhalten.

589 **32.**

590 ***Sozialpartnerschaft ist ein Standortvorteil***

591 Die Übernahme von Verantwortung funktioniert am besten, wenn
592 dies gemeinsam von Unternehmern und Mitarbeitern geschieht. Für
593 uns sind Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie, Mitbestimmung, die
594 Zusammenarbeit von Unternehmen, Gewerkschaften, Betriebs- und
595 Personalräten Grundlagen unserer Wirtschafts- und
596 Gesellschaftsordnung und Ausdruck unserer Prägung durch die
597 christliche Sozialethik.

598 Das gute Miteinander in den Betrieben ist für unser Land ein
599 Standortvorteil, den wir bewahren wollen. Freiwillige Regelungen
600 haben für uns grundsätzlich Vorrang vor Zwang. Wir wollen, dass
601 sowohl beim „Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)“ als
602 auch bei der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen
603 („Corporate Social Responsibility, CSR“) auch weiterhin der
604 Charakter der Freiwilligkeit gilt und die Lösungen in den
605 Unternehmen gefunden werden.

606 **33.**

607 *Ehrenamt fördern*

608 Alle Umfragen belegen die große Bereitschaft vieler Menschen, sich
609 noch stärker ehrenamtlich für unsere Gesellschaft einzusetzen. Der
610 große Erfolg des neuen Bundesfreiwilligendienstes unterstreicht
611 dies eindrucksvoll. Das Ehrenamt übernimmt bei uns wichtige
612 Aufgaben bei der Gestaltung des Gemeinwesens. Daher wollen wir
613 eine bessere Anerkennung und Würdigung von Unternehmen, die
614 ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin unterstützen, Beruf und
615 freiwilliges Engagement miteinander zu vereinbaren. Durch eine
616 solche Unterstützung wird das Bewusstsein des Zusammenhangs
617 von wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Zusammenhalt gestärkt.

618 **34.**

619 **3. Den demografischen Wandel gestalten**

620 Deutschland wird ein Land des langen Lebens. Noch nie waren die
621 Aussichten auf ein langes, gesundes und vitales Leben so groß wie
622 heute. Bessere Lebensbedingungen und der große medizinische
623 Fortschritt haben einen erheblichen Anteil daran, dass die
624 Lebenserwartung seit 150 Jahren jährlich um rund drei Monate
625 steigt. Die Hälfte der heute geborenen Kinder wird voraussichtlich
626 ihren 100. Geburtstag feiern können. Gleichzeitig aber werden
627 weniger Kinder geboren und die Einwohnerzahl sinkt. Das macht
628 den demografischen Wandel zu einer der größten
629 Herausforderungen für die Zukunft unseres Landes. Deutschland
630 hat mit einem Durchschnittsalter von rund 45 Jahren bereits heute
631 die älteste Bevölkerung der Welt. Immer weniger Erwerbstätige
632 müssen für immer mehr Menschen sorgen, die nicht im
633 Erwerbsleben stehen. Die Zahl der Schüler geht zurück, den
634 Unternehmen droht ein Mangel an Fachkräften. Und für die Älteren
635 fehlen barrierefreie Wohnungen und Häuser, während andererseits
636 Wohnraum leer steht. Das ist auch eine Herausforderung für die
637 Städtebaupolitik, der die CDU-geführte Bundesregierung weiterhin
638 eine besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Wir werden die
639 Erfahrungen aus den Stadtumbauprogrammen in die Entwicklung
640 neuer demografieorientierter Programmschwerpunkte einfließen

641 lassen und damit einen Beitrag zum Erhalt der Lebensqualität vor
642 allem unserer kleinen und mittleren Städte leisten.

643 **35.**

644 Die CDU steht für ein gerechtes Miteinander der Generationen,
645 gerade auch angesichts dieser Veränderungen. Wir wollen ein
646 lebenswertes Land bleiben, das Wohlstand für Alle ermöglicht. Wir
647 wollen trotz einer sinkenden Zahl von Menschen im erwerbsfähigen
648 Alter wettbewerbsfähig und innovativ bleiben. Um dieses Ziel zu
649 erreichen, müssen wir bereit sein, neue Wege zu gehen und
650 Veränderungen zu akzeptieren. Wir müssen lernen, mit größeren
651 Unterschieden beispielsweise zwischen wachsenden Städten und
652 dünner besiedelten Regionen umzugehen und die Bereitschaft
653 entwickeln, darauf mit flexiblen Lösungen die richtigen Antworten
654 zu geben. Wir wollen die dafür erforderlichen Schritte
655 verantwortungsvoll und rechtzeitig angehen und so auch die mit
656 dem Wandel verbundenen Chancen nutzen.

657 Dabei verlieren wir nicht das Ziel aus den Augen, auch wieder
658 deutlich mehr Kinder in Deutschland zu haben. Auch deshalb muss
659 sich die Politik immer wieder für ein familienfreundliches Umfeld in
660 unserer Gesellschaft einsetzen und Menschen zu einem Leben mit
661 Kindern ermuntern.

662 **36.**

663 *Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft*

664 Unser Ziel ist es, Deutschland weltweit zum Vorbild dafür zu
665 machen, wie eine alternde Gesellschaft weiterhin wirtschaftliche
666 Dynamik entfalten kann. Innovationsfähigkeit ist für uns keine Frage
667 des Alters. Während junge Menschen in der Regel
668 experimentierfreudiger sind, haben ältere Berufstätige zumeist mehr
669 Fachwissen und besitzen einen größeren beruflichen und sozialen
670 Erfahrungsschatz. Die Weitergabe ihres Wissens ist eine wichtige
671 Voraussetzung für den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit.

672 Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass Motivation,
673 Leistungsfähigkeit und Kreativität älterer und jüngerer
674 Arbeitnehmer bestmöglich zum Tragen kommen. Unser Ziel:
675 Erfahrungswissen soll immer wieder mit neuen Herausforderungen
676 verknüpft werden. Wir ermuntern die Betriebs- und Tarifpartner,
677 verstärkt Weiterbildungspakte in den Tarifverträgen und
678 Betriebsvereinbarungen zu verankern. Wir wollen, dass Wirtschaft
679 und Vertreter der Arbeitnehmer Rahmenbedingungen für neue
680 berufliche Laufbahnmodelle entwickeln.

681 **37.**

682 ***Altersgerechte Arbeitsplätze ausbauen und Altersgrenzen***
683 ***überprüfen***

684 In der Wirtschaft wird der Wert älterer Arbeitnehmer zunehmend
685 erkannt. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen liegt
686 Deutschland mit knapp 60 Prozent europaweit auf Platz 2. In keiner
687 anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen.
688 Wir wollen noch mehr ältere Menschen in Arbeit bringen. Für dieses
689 Ziel erwarten wir von den Betriebs- und Tarifpartnern weitere
690 Anstrengungen, Arbeitsplätze altersgerecht, barrierefrei und
691 gesundheitsfördernd zu gestalten.

692 Wir setzen uns dafür ein, Alters(höchst)grenzen auf den Prüfstand
693 zu stellen. Da immer mehr Ältere auch im Rentenalter beruflich aktiv
694 bleiben wollen, werden wir zusammen mit den Tarifpartnern bessere
695 Möglichkeiten dafür schaffen. Wir wollen ein flexibleres Arbeiten in
696 den letzten Jahren des Berufslebens ermöglichen und dafür neue
697 Möglichkeiten der Kombination von Teilzeitarbeit und vorgezogener
698 Rente ermöglichen. Dies kommt gerade Menschen zugute, die in
699 Berufen mit hohen Belastungen beschäftigt sind und nicht Vollzeit
700 bis zur Altersgrenze arbeiten können oder möchten.

701 **38.**

702 ***Mehr Existenzgründungen von älteren Menschen mit Erfahrungen***

703 Deutschland ist ein Land der Gründer mit innovativen Ideen und
704 Konzepten. Jedes Jahr machen sich mehr als 400 000 Menschen in
705 unserem Land selbstständig. Die überwiegende Zahl von Gründern
706 ist zwischen 20 und 40 Jahre alt – eine Altersgruppe, deren Anteil in
707 den kommenden Jahren jedoch deutlich zurückgehen wird. Deshalb
708 wollen wir die Chancen zur Selbstständigkeit in allen Phasen des
709 beruflichen Lebens verbessern. Junge Menschen sollen ebenso zu
710 Existenzgründungen motiviert werden wie Ältere, die schon im
711 Erwerbsleben stehen.

712 Die CDU will daher eine Gründungskultur von Menschen mit
713 Erfahrung in Deutschland fördern. Dazu brauchen wir neue Formen
714 der Finanzierung und der Beteiligung, welche die spezifischen
715 Nachteile Älterer bei Existenzgründungen und Betriebsübernahmen
716 ausgleichen. Beispielsweise profitieren von den angestrebten
717 verbesserten steuerlichen Anrechnungsmöglichkeiten von
718 Verlusten in der Gründungsphase auch ältere Unternehmer.

719 **39.**

720 ***Wirtschaftsfaktor Alter – innovative Produkte und Leitmärkte für***
721 ***ältere Gesellschaften***

722 Deutschland hat die besten Voraussetzungen, sich zum Leitmarkt
723 und Leitanbieter innovativer Produkte und Dienstleistungen zu
724 entwickeln, die auf die Bedürfnisse der älteren Generation
725 zugeschnitten sind. Wir sind davon überzeugt, dass die
726 Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land steigt, wenn es
727 uns gelingt, hier neue Akzente zu setzen. Denn vieles, was gut für
728 ältere Menschen ist, ist auch gut für junge Familien.

729 Deutschland spürt die Folgen der Alterung der Gesellschaft bereits
730 deutlicher als andere. Den meisten Regionen der Welt, vor allem
731 Europa, Asien und Nordamerika wird es in naher Zukunft aber
732 ähnlich ergehen. Unser Land kann deshalb bei der Bewältigung des
733 demografischen Wandels Pionier sein und sich durch frühzeitige
734 Weichenstellungen einen Vorsprung auf den entsprechenden
735 Märkten sichern.

736 **40.**

737 ***Wettbewerbsfähigkeit von Ländern und Kommunen erhalten***

738 Für viele Städte und Gemeinden ist der Bevölkerungsrückgang mit
739 der Frage verbunden, wie sie ihre nicht mehr ausgelastete
740 Infrastruktur auf Dauer unterhalten können. Darüber hinaus
741 bekommen sie weniger Geld aus dem Finanzausgleich zwischen
742 den verschiedenen staatlichen Ebenen, weil sich die Zahlungen
743 nach der Bevölkerungszahl richten.

744 Wir wollen, dass unsere Länder, Städte und Gemeinden – unsere
745 Heimat – lebenswert und wettbewerbsfähig bleiben. Dazu wollen wir
746 auf der einen Seite die Kooperationsmöglichkeiten stärken und auf
747 der anderen Seite den betroffenen Ländern und Kommunen mehr
748 Spielräume geben, damit sie auf die sie zukommenden Änderungen
749 flexibel reagieren können: Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen
750 benachbarten Gemeinden, Landkreisen und Ländern kann helfen,
751 bei geringer werdenden finanziellen Spielräumen dennoch
752 tragfähige Lösungen für den Unterhalt und die Bereitstellung der
753 Daseinsvorsorge zu organisieren. Dort, wo administrative oder
754 steuerliche Fragen sinnvollen Modellen der Zusammenarbeit
755 entgegenstehen, wollen wir geeignete Lösungen entwickeln.

756 Auch in Regionen, die in Zukunft noch stärker vom
757 Bevölkerungsrückgang betroffen sein werden, wollen wir weiterhin
758 ein lebenswertes Umfeld sicherstellen. Hierbei möchten wir die
759 Möglichkeiten, die uns moderne Techniken – und dabei
760 insbesondere das Internet – bieten, nutzen, um die leistungsfähige

761 Infrastruktur zu erhalten und eine gute Versorgung der Bevölkerung
762 zu gewährleisten. Wir werden bestehende Vorschriften mit dem Ziel
763 überprüfen, flexible und innovative Lösungen für dünn besiedelte
764 Regionen zu ermöglichen.

765 **41.**

766 **4. Zukunft braucht Fachkräfte**

767 Eine der größten Herausforderungen des Bevölkerungswandels ist
768 der Fachkräftebedarf. Schon heute gibt es Branchen und Regionen,
769 die wirtschaftlich erfolgreicher sein könnten, wenn es ausreichend
770 Fachkräfte geben würde. Daneben spüren wir den Mangel
771 insbesondere in Berufen, die sich dem Dienst am Menschen
772 verschrieben haben, wie beispielsweise Pflege- und
773 Betreuungskräfte für Kranke und Hilfebedürftige.

774 ***Gute Bildung und Ausbildung als Erfolgsfaktor***

775 Jeder braucht eine Chance, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
776 Indem wir diesen Anspruch umsetzen, leisten wir auch einen
777 Beitrag, um den Fachkräftebedarf der Zukunft decken zu können.
778 Dazu brauchen wir ein erstklassiges Bildungs- und
779 Ausbildungssystem mit engagierten Lehrkräften und Ausbildern.

780 Deshalb wollen wir die Bildungsrepublik Deutschland weiter
781 stärken. Sie zeichnet sich durch ein durchlässiges, leistungsfähiges
782 und differenziertes Bildungssystem aus, das auf der
783 Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer
784 Bildung beruht. Damit bilden unsere Schulen, Hochschulen und
785 Betriebe das Fundament und das Rückgrat unseres wirtschaftlichen
786 Erfolgs.

787 **42.**

788 Unser duales Ausbildungssystem mit jährlich über 500 000
789 Auszubildenden ist ein ausgezeichnetes Instrument der
790 Berufsausbildung und hat sich als Mittel gegen
791 Jugendarbeitslosigkeit bestens bewährt. Deutschland hat die
792 niedrigste Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen in der gesamten
793 Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, das duale
794 Ausbildungssystem auch über unsere Landesgrenzen hinaus zur
795 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu verankern.
796 Vor allem die Ausbildung im Betrieb sichert die
797 Arbeitsmarktchancen der Auszubildenden. Diese Stärke wollen wir
798 zusammen mit den Tarifpartnern dauerhaft sichern und
799 weiterentwickeln. Dabei setzen wir vor allem auf die vielen
800 Familienunternehmen und Handwerksbetriebe, die ein Grundpfeiler
801 der dualen Ausbildung sind. Zu den Vorteilen unseres

802 Bildungssystems zählt neben der dualen Berufsausbildung auch
803 das duale Studium, das wir gemeinsam mit Wirtschaft und
804 Hochschulen weiter fördern wollen.

805 **43.**

806 ***Ein guter Übergang erleichtert den Berufsstart***

807 Nach wie vor verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne
808 Abschluss. Häufig geraten sie in Warteschleifen oder brechen eine
809 begonnene Ausbildung vorzeitig ab. Den jungen Menschen geht so
810 kostbare Lebenszeit verloren. Auch für die Betriebe, die mit
811 Fachkräftemangel kämpfen, ist dies nicht hinnehmbar. Deshalb hat
812 die CDU-geführte Bundesregierung die sogenannten Bildungsketten
813 eingeführt: Professionelle Berufseinstiegsbegleiter helfen den
814 leistungsschwächeren Jugendlichen beim Übergang von der
815 Schulbank in den Betrieb, indem sie zum Beispiel individuelle
816 Förderpläne erstellen, den Jugendlichen bei der
817 Ausbildungsplatzsuche und bei der Eingewöhnung im Unternehmen
818 mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auf diese Weise kann eine
819 frühzeitige und praxisorientierte Berufsvorbereitung bereits in der
820 Schule einsetzen. Mit einer besseren Verzahnung und Bündelung
821 der in diesem Bereich schon heute erfolgenden Aktivitäten – bis hin
822 zur Möglichkeit der Einrichtung von Jugendserviceagenturen –
823 wollen wir neue Wege beschreiten, um die Koordination der
824 verschiedenen Ansprechpartner der Jugendlichen deutlich zu
825 verbessern.

826 **44.**

827 ***Chancen für Jeden***

828 Unser ganz besonderes Augenmerk gilt denjenigen, die es aufgrund
829 ihrer persönlichen Lebenssituation schwer haben, eine geeignete
830 berufliche Perspektive für sich zu entwickeln. Menschen mit
831 Behinderung sollen dabei mehr Arbeitsangebote erhalten. Hierzu
832 haben wir die „Initiative Inklusion“ auf den Weg gebracht. Mit ihr
833 soll Menschen mit Behinderung aus allen Altersgruppen eine
834 bessere Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung
835 ermöglicht werden. Die Einbindung behinderter Menschen in die
836 Gesellschaft ist und bleibt zentrales Ziel der CDU.

837 Wir haben uns das Ziel gesetzt, insbesondere Langzeitarbeitslosen,
838 beispielsweise durch Weiterbildung, neue Chancen auf Arbeit zu
839 eröffnen. Gerade junge Erwachsene unter 30 Jahren ohne
840 Berufsausbildung brauchen eine besondere Förderung. Mit Blick
841 auf den Fachkräftemangel fordern wir, dass weitere Anstrengungen
842 unternommen werden, damit möglichst viele ihre Ausbildung
843 nachholen können.

844 **45.**

845 Wir setzen auch auf weitere Erfolge bei der Integration der in
846 Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Bei
847 Neuzuwanderern setzen wir verstärkt auf vorbereitende Maßnahmen
848 schon im Herkunftsland. Zugleich bauen wir mit einer konsequenten
849 Politik des Forderns und Förderns bestehende Integrationsdefizite
850 ab. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration liegt in der
851 Beherrschung der deutschen Sprache und der Bereitschaft, sich mit
852 Leistung und Verantwortung für unser Gemeinwesen einzubringen.
853 Die meisten der über 15 Millionen Menschen mit
854 Zuwanderungsgeschichte, die bei uns leben, leisten schon heute
855 einen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes. Zu einem großen Teil
856 leben sie schon seit vielen Jahren bei uns. Viele von ihnen wurden
857 hier geboren. In zahlreichen Großstädten haben inzwischen mehr
858 als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren eine
859 Zuwanderungsgeschichte.

860 Neben besonderen Sprachkenntnissen und Kenntnissen über ihr
861 Herkunftsland bzw. das ihrer Vorfahren verfügen Menschen mit
862 Zuwanderungsgeschichte vielfach über abgeschlossene Berufs-
863 oder Hochschulausbildungen. Dieses Potenzial liegt aber noch zu
864 oft brach. Es muss effizienter gefördert und ausgeschöpft werden.
865 Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist das von der CDU
866 durchgesetzte Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene
867 berufliche Abschlüsse, die nun einfacher und schneller anerkannt
868 werden.

869 Erfolge bei der Integration sind für unser Land ein großer Gewinn.
870 Dafür stehen ganz besonders die über 680 000 Menschen mit
871 Zuwanderungsgeschichte, die sich bei uns selbstständig gemacht
872 und knapp zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben.

873 **46.**

874 *Qualifizierte Zuwanderung*

875 Die Fachkräftesicherung wird nur gelingen, wenn wir weitere
876 hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen auf dem
877 internationalen Arbeitsmarkt für unser Land gewinnen.

878 Bürger aus EU-Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit können und
879 sollen die Chancen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen
880 Union nutzen. Das gilt ganz besonders für Jugendliche aus anderen
881 europäischen Ländern, die sich in Deutschland beruflich ausbilden
882 lassen. Dies kann sowohl eine Hilfe gegen unseren Lehrlings- und
883 Fachkräftemangel sein als auch gegen die zum Teil extrem hohe
884 Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern unseres Kontinents. Auch
885 Hochqualifizierte aus Ländern außerhalb Europas sind uns

886 willkommen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben
887 und Arbeiten noch viel attraktiver werden. Leider kehren immer
888 noch zu viele qualifizierte junge Leute Deutschland den Rücken –
889 ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte. Diese Talente gilt es,
890 bei uns zu halten bzw. zurückzugewinnen.

891 Für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten haben wir mit der
892 „Blauen Karte“ die Weichen für den deutschen Arbeitsmarkt bereits
893 richtig gestellt. Wir machen damit deutlich, dass uns all diejenigen
894 willkommen sind, die es hier durch besondere Leistungen zu etwas
895 bringen wollen. Ausländischen Studenten haben wir es nach
896 erfolgreichem Abschluss einfacher gemacht, in Deutschland zu
897 bleiben, Arbeit aufzunehmen oder ein Unternehmen zu gründen.

898 **47.**

899 *Willkommenskultur*

900 Mit gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen allein ist es
901 aber nicht getan. Wir brauchen eine gelebte Willkommenskultur und
902 eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten im Ausland. Eine
903 Willkommenskultur muss sichtbar und spürbar werden – beginnend
904 mit der Ankunft am Flughafen. Sie muss insbesondere in den
905 Regionen, Städten und Gemeinden gefördert werden. Eigens für
906 Neu-Zuwanderer brauchen wir eine Anlaufstelle, die den erfolg-
907 reichen Einstieg in das Leben in Deutschland ermöglicht und den
908 Start in den Berufsalltag erleichtert. Deshalb fordert die CDU,
909 unsere Rathäuser auch als „Willkommenszentren“ zu verstehen, die
910 neue Zuwanderer in praktischen und rechtlichen Fragen
911 unterstützen.

912 **48.**

913 Für eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten fordert die CDU,
914 dass deutsche Auslandsvertretungen, Außenhandelskammern u. a.
915 als aktive Botschafter für den Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt
916 Deutschland werben. Sie müssen sich mit dem Aufbau
917 entsprechender Strukturen zu Anlaufstellen für Studenten,
918 Hochschulabsolventen und Hochqualifizierte im Ausland
919 entwickeln. Über die internationale Struktur der Goethe-Institute wie
920 auch über die deutschen Auslandsschulen müssen diese Menschen
921 künftig besser über die Zugangsmöglichkeiten zu deutschen
922 Hochschulen und zum deutschen Arbeitsmarkt informiert werden.
923 Zum Abbau von Sprachbarrieren wollen wir die Möglichkeiten zum
924 Erlernen der deutschen Sprache im europäischen Ausland
925 verbessern.

926 Wir begrüßen die Fachkräfteoffensive der CDU-geführten
927 Bundesregierung mit ihrer mehrsprachigen Plattform im Internet

928 www.make-it-in-germany.de. Sie bündelt alle nützlichen
929 Informationen für Fachkräfte aus dem Ausland.

930 **49.**

931 **IV. Standort Deutschland stärken**

932 **1. Vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker**

933 Geordnete Finanzen sind der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum
934 und dauerhaftem Wohlstand. Rot-Grün hat regelmäßig mehr
935 Schulden gemacht, als es der Maastricht-Vertrag erlaubt. Sie haben
936 mit ihrer Schuldenpolitik nicht nur den Stabilitätspakt in Europa
937 schwer beschädigt, sondern die Zukunftschancen und den
938 Wohlstand kommender Generationen in Gefahr gebracht. 2005
939 haben wir als CDU in der Bundesregierung eine finanzpolitische
940 Trendwende eingeleitet. Heute ist Deutschland für viele Länder
941 wieder ein finanzpolitisches Vorbild. Unser Land ist vom
942 Defizitsünder zum Stabilitätsanker Europas geworden. Wir haben
943 die Schuldenbremse im Grundgesetz durchgesetzt. Unser Dreiklang
944 aus Sparen, Strukturreformen und einer Politik für Wachstum hat
945 sich ausgezahlt: Wir erzielen mehr Einnahmen, begrenzen die
946 Ausgaben und investieren noch stärker in unsere Zukunft.

947 An diesem Kurs einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung
948 halten wir fest. Obwohl die Schuldenbremse erst ab 2016 eine
949 maximale Neuverschuldung von 0,35 Prozent des
950 Bruttoinlandprodukts (BIP) vorschreibt, wollen wir diese Vorgabe
951 bereits im Jahr 2013 erfüllen. Unser Ziel ist es, schnellstmöglich
952 einen gesamtstaatlichen Schuldenstand von maximal 60 Prozent
953 des BIP zu erreichen. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

954 **50.**

955 ***Lohnzusatzkosten stabil halten***

956 „Arbeit für Alle“ und solide Staatsfinanzen bedingen einander.
957 Deshalb haben wir einen steigenden Teil der
958 Sozialversicherungskosten von den Arbeitskosten entkoppelt. Das
959 sichert und schafft neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.
960 Das war möglich, weil wir durch erfolgreiche Reformen die sozialen
961 Sicherungssysteme stabilisiert und Beiträge gesenkt haben.
962 Dadurch konnten wir die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu
963 gleichen Teilen finanzierten Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent
964 halten. Unter Rot-Grün hatte die gesamte gesetzliche
965 Sozialversicherung ein Defizit von 3,3 Milliarden Euro. Heute haben
966 wir einen Überschuss und der gemeinsame Beitragssatz liegt bei
967 39,2 Prozent. Unser Ziel bleibt, die Lohnzusatzkosten nachhaltig zu
968 stabilisieren und dadurch sozialversicherungspflichtige Arbeit

969 attraktiver zu machen. Deshalb werden wir den Beitragssatz zur
970 Rentenversicherung zu Beginn des kommenden Jahres weiter
971 absenken. Damit wird der Gesamtbetrag zur Sozialversicherung um
972 rund 2,5 Prozentpunkte niedriger liegen als Ende 2005.

973 **51.**

974 ***Wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen – finanzielle***
975 ***Vorsorge ausbauen***

976 Eine älter werdende Gesellschaft mit weniger Beschäftigten,
977 weniger jungen Menschen und mehr Rentnern muss auch finanziell
978 vorsorgen, die öffentliche Infrastruktur weiterentwickeln und sich
979 auf Investitionen konzentrieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu
980 stärken. Dazu wollen wir die Staatsquote, d. h. den Anteil der
981 Staatsausgaben an der wirtschaftlichen Gesamtleistung unserer
982 Volkswirtschaft, weiter reduzieren. Seit Regierungsübernahme der
983 CDU Ende 2005 ist die Staatsquote um zwei Prozentpunkte auf
984 45 Prozent zurückgegangen – trotz der großen Wirtschaftskrise mit
985 umfangreichen staatlichen Rettungsprogrammen. Anders als die
986 linken Parteien, die auf Bevormundung und Reglementierung durch
987 den Staat setzen, vertrauen wir den Menschen und ihren Ideen.
988 Dafür schaffen wir Spielräume.

989 **52.**

990 ***Geordnete Finanzen haben Vorrang***

991 Wir wollen in der Spitzengruppe der Industrienationen bleiben, um
992 unseren Lebensstandard und die hohe soziale Sicherheit zu
993 schützen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen Steuern und
994 Beiträge nicht unnötig erhöht werden, wie die Opposition das will.
995 Vielmehr muss die beständige Prüfung der staatlichen Aufgaben
996 einen wichtigen Beitrag zur Ausgabenbegrenzung leisten. Mit Blick
997 auf die erheblichen finanziellen Lasten in den Haushalten von Bund,
998 Ländern und Kommunen sagen wir aber genauso deutlich:
999 Geordnete Finanzen haben Vorrang vor Steuersenkungen. Wenn
1000 sich durch unsere solide Finanzpolitik Spielräume für
1001 Steuersenkungen eröffnen, müssen zu allererst die Arbeitnehmer
1002 für ihren Einsatz belohnt werden.

1003 **53.**

1004 ***Lohnerhöhungen müssen beim Arbeitnehmer ankommen***

1005 Wir unterstützen die Bundesregierung nachdrücklich bei ihrem
1006 Plan, die sogenannte „kalte Progression“ im Steuerrecht
1007 abzubauen. Dabei darf es nicht bei einer einmaligen Anpassung des
1008 Tarifs bleiben. Wir müssen – wie auch vom
1009 Bundesverfassungsgericht gefordert – die steuerliche Freistellung
1010 des Existenzminimums sichern und entsprechende Anpassungen
1011 vornehmen. Damit dies nicht zu einer neuerlichen Verschärfung der

1012 „kalten Progression“ führt, sollen auch die Steuertarife regelmäßig
1013 angepasst werden. Wir wollen, dass Gehaltssteigerungen, die
1014 lediglich Preisentwicklungen nachzeichnen, nicht zu einer höheren
1015 Steuerbelastung führen. Insgesamt sollen vor allem Menschen mit
1016 kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Deshalb fordern
1017 wir SPD und Grüne auf, ihre Blockade im Bundesrat bei diesem
1018 Vorhaben zu beenden.

1019 **54.**

1020 **2. Europa: Grundstein unseres Erfolges**

1021 Seit über 60 Jahren steht die europäische Einigung für Frieden,
1022 Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent. Mit Freude blicken
1023 wir auf das nächste Jahr, wenn wir gemeinsam mit unserem
1024 französischen Nachbarn den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des
1025 Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages durch Konrad
1026 Adenauer und Charles de Gaulles begehen. Für die heutige
1027 Generation ist die europäische Freundschaft und das tägliche
1028 Miteinander eine Selbstverständlichkeit, ein Krieg zwischen den
1029 Mitgliedstaaten der Europäischen Union undenkbar. Wir leben und
1030 erfahren ein Europa ohne Grenzen, beim Reisen oder bei der
1031 Ausbildung unserer Kinder. Das ist die gute Botschaft Europas. Ihr
1032 fühlen wir uns verpflichtet. Wir wollen sie bewahren und
1033 weiterentwickeln. Dabei sind wir uns bewusst, dass Deutschland
1034 und Frankreich auch in Zukunft eine besondere Verantwortung für
1035 das Gelingen des Einigungsprozesses und den Wohlstand unseres
1036 Kontinents haben.

1037 **55.**

1038 Wir Deutschen brauchen Europa und Europa braucht uns, weil wir
1039 nur gemeinsam unsere Werte verteidigen und nur gemeinsam
1040 unsere Art zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften in der Welt
1041 verankern können. Wir brauchen Europa, weil wir nur gemeinsam
1042 unsere europäische Überzeugung von freiheitlicher Demokratie,
1043 offener Gesellschaft und Sozialer Marktwirtschaft behaupten
1044 können.

1045 Wir sehen uns konfrontiert mit neuen, schnell aufstrebenden
1046 Wettbewerbern auf den internationalen Märkten, die den
1047 Wettbewerb mit einer bislang nicht bekannten Dynamik
1048 beschleunigen. Gleichzeitig leben wir in einer Welt mit mehr als
1049 sieben Milliarden Menschen, von denen nur noch knapp
1050 sieben Prozent Europäer sind. Wir werden unsere Interessen
1051 angesichts dieser neuen Herausforderungen nur durchsetzen
1052 können, wenn wir Europäer sie gemeinsam vertreten. Nur
1053 gemeinsam haben wir Europäer in der Welt eine starke Stimme.

1054 Dabei verbinden uns mehr als nur wirtschaftliche Belange. Das
1055 starke Fundament, auf dem Europa gründet, ist seine reiche und
1056 bewegte gemeinsame Geschichte, aus der Demokratie und
1057 Rechtsstaatlichkeit hervorgegangen sind. Diese gemeinsamen
1058 Errungenschaften motivieren uns, den europäischen
1059 Einigungsprozess weiter voranzutreiben. Wir sind uns der
1060 besonderen Verantwortung Deutschlands für diese Aufgabe
1061 bewusst.

1062 **56.**

1063 Der Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise ist auf diesem
1064 Weg eine Herausforderung von existentieller Bedeutung. Bei allem
1065 Krisenmanagement für den Bestand des Euro ist uns
1066 Christdemokraten bewusst: Europa ist weit mehr als ein
1067 gemeinsamer Binnenmarkt, der Euro ist weit mehr als eine
1068 gemeinsame Währung. Er ist zum Symbol für Frieden, Freiheit und
1069 Wohlstand in Europa geworden. Deswegen sind wir überzeugt:
1070 Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das wollen wir
1071 verhindern!

1072 ***Klare Prinzipien: Eigenverantwortung und Solidarität – Haftung und***
1073 ***Entscheidung***

1074 Die europäische Staatsschuldenkrise stellt die Europäische Union
1075 vor die größte Herausforderung seit ihrer Gründung. Umso
1076 wichtiger ist es, dass die CDU-geführte Bundesregierung über die
1077 Wahrung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bei der
1078 Krisenbewältigung gewacht hat und sie konsequent für eine
1079 wirkungsvolle Stabilitätsunion arbeitet. Für dauerhafte Stabilität und
1080 nachhaltiges Wachstum in Europa brauchen wir dabei einen
1081 Dreiklang aus solider Finanzpolitik, Wachstumsförderung durch
1082 Strukturreformen und Investitionen in die Zukunft sowie tragfähiger
1083 Krisenvorsorge. Wir lassen uns daher von folgenden Prinzipien
1084 leiten:

1085 **57.**

1086 • Haftung und Entscheidung gehören zusammen.
1087 Haftung kann grundsätzlich nur dort eingefordert werden,
1088 wo die Entscheidungen gefällt werden. So gehört es zu
1089 einer soliden, tragfähigen Finanzpolitik, dass jeder Staat für
1090 seine Schulden grundsätzlich selbst verantwortlich ist. Wir
1091 sind nicht bereit, aus Europa eine Schuldenunion zu
1092 machen, in der sorgsames Haushalten bestraft und
1093 Schuldenpolitik belohnt werden. Deshalb sind wir gegen
1094 Pläne zur Einführung von Eurobonds oder eine
1095 gemeinsame Haftung für Alt-Schulden. Denn Haftung und
1096 Entscheidung müssen zusammengehören.

1097 • Solidarität ist keine Einbahnstraße.
1098 Für uns gilt der Grundsatz: Keine Hilfe ohne Gegenleistung.
1099 Deshalb müssen die hilfsbedürftigen Staaten umfassende
1100 Reformen durchführen, um wieder stabil und
1101 wettbewerbsfähig zu werden.

1102 **58.**

1103 Auf dem Weg in Richtung einer Stabilitätsunion konnte die CDU-
1104 geführte Bundesregierung auf der Grundlage dieser Prinzipien
1105 wichtige Erfolge erzielen:

1106 • Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket wird der
1107 Stabilitäts- und Wachstumspakt glaubwürdiger und
1108 schlagkräftiger. Er greift früher, die
1109 Überwachungsmaßnahmen sind umfangreicher und die
1110 Sanktionen im Fall von Verstößen deutlich strikter als
1111 bisher. Politische Einflussnahme ist erheblich begrenzt und
1112 die Prävention deutlich gestärkt worden. Diesen Weg
1113 setzen wir mit dem Fiskalpakt konsequent fort.

1114 • Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wird es
1115 ermöglichen, überschuldete Euro-Staaten in
1116 kontrollierbaren Schritten zu sanieren, um den Bestand
1117 unserer Währung insgesamt zu sichern. Dabei bedürfen
1118 Hilfen des ESM der regelmäßigen parlamentarischen
1119 Kontrolle und sind stets zeitlich zu befristen. Dazu muss
1120 gewährleistet sein, dass Euro-Staaten, die ESM-Hilfen
1121 erhalten, sich als Gegenleistung dazu verpflichten, den
1122 Ursachen der Krise in ihrem Land durch konsequentes
1123 Sparen und eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit
1124 zu begegnen. Sobald die Reformen greifen, werden die
1125 Länder besser in der Lage sein, ihre Leistungsbilanzdefizite
1126 abzubauen. Gemeinsam mit der nötigen Haushaltsdisziplin
1127 kann so auch das Vertrauen der Anleger zurückgewonnen
1128 werden. Beides zusammen würde einen entscheidenden
1129 Beitrag leisten, damit sich die in erhebliche Schieflage
1130 geratenen gegenseitigen Forderungen und
1131 Verbindlichkeiten der nationalen Notenbanken im
1132 Zahlungsverkehrssystem der Europäischen Zentralbank
1133 („Target 2“) wieder entspannen können.

1134 • Mit einem gezielteren Einsatz von EU-Fördermitteln
1135 unterstützen wir notwendige Wachstumsimpulse für
1136 Europa. Die Aufstockung des Stammkapitals der

1137 Europäischen Investitionsbank (EIB) oder der verbesserte
1138 Einsatz der Mittel aus den Europäischen Strukturfonds sind
1139 weitere wachstumsfördernde Maßnahmen auf diesem Weg.
1140 Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Bekämpfung
1141 der Jugendarbeitslosigkeit zu.

1142 **59.**

1143 *Die Politische Union vollenden*

1144 Wir als die deutsche Europapartei fühlen uns besonders
1145 verantwortlich, den europäischen Einigungsprozess zu festigen und
1146 unser Land in einem geeinten Europa in eine gute Zukunft zu
1147 führen. Wir brauchen in wichtigen Politikfeldern mehr Europa.
1148 Daher werden wir in den nächsten Jahren Schritt für Schritt eine
1149 kraftvolle, bürgernahe und demokratische Politische Union in
1150 Europa aufbauen. Auf der Grundlage unseres
1151 Parteitagsbeschlusses „Starkes Europa – Gute Zukunft für
1152 Deutschland“ vom 14./15. November 2011 werden wir unsere
1153 Vorstellungen von den nächsten Schritten zu einer Politischen
1154 Union weiterentwickeln.

1155 **60.**

1156 **3. Energiewende voranbringen und Rohstoffstrategie** 1157 **durchsetzen**

1158 Von überragender Bedeutung für unser Land ist eine verlässliche
1159 Energieversorgung. Dabei steht für uns fest: Wir werden den
1160 eingeschlagenen Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien
1161 entschlossen und zügig, aber auch mit Augenmaß weitergehen. Die
1162 Bundesrepublik ist auf eine sichere, bezahlbare und saubere
1163 Energieversorgung angewiesen. Sie ist ein entscheidender
1164 Schlüssel zum Erfolg unseres Landes, das als Industrie- und
1165 Wirtschaftsnation in einem globalen Wettbewerb steht. Nicht
1166 minderwichtig ist es, dass es uns gelingt, insgesamt noch
1167 effizienter mit den uns zur Verfügung stehen Ressourcen
1168 umzugehen und den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen
1169 für die deutsche Wirtschaft dauerhaft zu sichern.

1170 *Wegweisende Energiewende*

1171 Grundlage für die Energiewende ist das von der CDU-geführten
1172 Bundesregierung beschlossene Energiekonzept. Ein derart
1173 umfassendes und ehrgeiziges Konzept, das alle Bereiche – Strom,
1174 Wärme und Verkehr – abdeckt, hat es in der deutschen Umwelt- und
1175 Energiepolitik noch nicht gegeben. So soll bis zum Jahr 2050 der
1176 Energieverbrauch in Deutschland halbiert, der Anteil Erneuerbarer
1177 Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent gesteigert werden. Im
1178 Verkehrsbereich soll der Energieverbrauch bis 2050 um mindestens

1179 40 Prozent gegenüber 2005 zurückgehen. Die klimaschädlichen
1180 Treibhausgase sollen um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990
1181 vermindert werden. Auf dem Weg zu diesen ehrgeizigen Zielen sind
1182 wir in den letzten Jahren gut vorangekommen. Mit einem Anteil von
1183 20 Prozent Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung zählen
1184 wir schon heute international zur Spitzengruppe der Industrieländer.

1185 **61.**

1186 ***Versorgungssicherheit hat Priorität***

1187 Für einen Erfolg der Energiewende brauchen wir aber zusätzliche
1188 Anstrengungen. Der Ausbau des Stromnetzes muss genauso
1189 beschleunigt werden wie die Entwicklung neuer
1190 Speichertechnologien. Zugleich brauchen wir auch moderne Kohle-
1191 und Gaskraftwerke, um die erforderliche Grundlast sicherstellen
1192 und die Schwankungen bei den Erneuerbaren Energien wirksam
1193 ausgleichen zu können. Nur wenn das gelingt, kann die
1194 Versorgungssicherheit zu jeder Tages- und Nachtzeit hergestellt
1195 werden. Deshalb wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke
1196 beschleunigen und streben für die Investoren stabile und
1197 verlässliche Rahmenbedingungen an. Durch den Einsatz
1198 modernster Technologien kann auch die Braunkohle als
1199 einheimischer Energieträger solange wie nötig genutzt werden.

1200 **62.**

1201 ***Energiepreise müssen bezahlbar und die Wirtschaft***

1202 ***wettbewerbsfähig bleiben***

1203 Der mit der Energiewende einhergehende Umbau unserer
1204 Energieversorgung ist eine Generationenaufgabe mit erheblichen
1205 Investitionen und finanziellen Anstrengungen. Ziel muss es sein, die
1206 unvermeidlichen Kostensteigerungen der Energiepreise durch eine
1207 möglichst effiziente Ausgestaltung des Umbaus so gering wie
1208 möglich zu halten. Weder private Verbraucher noch Unternehmen
1209 dürfen durch die Energiewende überfordert werden. Deshalb stehen
1210 wir dafür, dass diese Mehrkosten einerseits fair verteilt werden und
1211 andererseits nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze vernichtet
1212 werden. Gleichzeitig müssen bei der Umsetzung der Ausbauziele
1213 alle Möglichkeiten zur Kostenminimierung innerhalb Deutschlands
1214 und Europa konsequent genutzt werden. Es ist entscheidend, die
1215 Energiewende als nationales Gemeinschaftswerk in Abstimmung
1216 mit der EU voranzutreiben.

1217 Wir setzen uns für eine Vereinheitlichung der
1218 Wettbewerbsbedingungen ein. Solange deutsche Unternehmen im
1219 internationalen Wettbewerb durch unterschiedliche Regeln und
1220 Rahmenbedingungen für Preise und Steuern erheblich benachteiligt
1221 werden, brauchen wir weiterhin Entlastungen für besonders

1222 betroffene energieintensive Unternehmen. Sie sind nur mit
1223 wettbewerbsfähigen Energiepreisen in der Lage, Arbeitsplätze zu
1224 schaffen und Impulse zum Wachstum in Deutschland zu erbringen.
1225 Wir wollen, dass sie diese Chancen auch in Zukunft bei uns nutzen
1226 können.

1227 **63.**

1228 ***Energiewende setzt auf Vielfalt***

1229 Der Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien setzt nicht auf
1230 eine einzige Energieform, sondern auf Vielfalt. Dabei wollen wir die
1231 Vorteile der jeweiligen Erneuerbaren Energien nutzen, sie intelligent
1232 miteinander verknüpfen und offen bleiben für neue
1233 Technologieentwicklungen. In einem intelligenten Energiesystem
1234 sind zentrale wie dezentrale Systeme gleichermaßen erforderlich,
1235 ebenso wie größere und kleinere Energieerzeuger. Deshalb werden
1236 wir alle ermuntern, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu
1237 ziehen.

1238 Damit die Energiewende gelingt, wollen wir auch die großen
1239 Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und der
1240 Energieeinsparung gerade im Gebäudebereich nutzen. Der
1241 Wärmebedarf soll bis 2020 um 20 Prozent sinken und der
1242 Stromverbrauch in Gebäuden u. a. durch energieeffiziente
1243 Haushaltsgeräte sowie moderne, intelligente Netze um mindestens
1244 10 Prozent vermindert werden. Bis zum Jahr 2050 soll ein nahezu
1245 klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Dazu hat die CDU-
1246 geführte Bundesregierung das KfW-Gebäudesanierungsprogramm
1247 auf 1,5 Mrd. Euro erhöht und beabsichtigt, die steuerlichen Anreize
1248 gemeinsam mit den Ländern auf den Weg zu bringen.

1249 Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch die zahlreichen
1250 Initiativen, die beispielsweise nach genossenschaftlichen Prinzipien
1251 private Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz
1252 unterstützen. Wir sehen darin ermutigende Ansätze, die
1253 unterstreichen, wie vielfältig die Ideen und das Engagement der
1254 Menschen in unserem Land sind.

1255 **64.**

1256 ***Leitungsbau mit koordiniertem Vorgehen beschleunigen***

1257 Von überragender Bedeutung für den Erfolg der Energiewende ist
1258 der rasche Neubau von Leitungsnetzen. Das gilt für den Ausbau der
1259 regionalen Verteilnetze und insbesondere die großen Trassen, die
1260 den Strom aus den windreichen Regionen an Nord- und Ostsee in
1261 den Süden und Westen transportieren, wo besonders
1262 verbrauchsstarke Unternehmen beheimatet sind.

1263 Um den Netzausbau zu beschleunigen, hat die CDU-geführte
1264 Bundesregierung wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Mit
1265 dem Energieleitungsausbaugesetz, dem
1266 Netzausbaubeschleunigungsgesetz sowie einem Bedarfsplangesetz
1267 stellen wir sicher, dass zentrale länderübergreifende Projekte durch
1268 schnellere Verfahren und eine bessere Koordination rascher
1269 fertiggestellt werden können.

1270 **65.**

1271 *Europäischen Energieverbund stärken und Energiebinnenmarkt*
1272 *vollenden*

1273 Neben dem Ausbau bei uns im Land wollen wir auch die Weichen
1274 für einen besseren Transport des Stroms innerhalb Europas stellen.
1275 Schwankungen können besser ausgeglichen werden, wenn es
1276 gelingt, den Strom grenzüberschreitend zu transportieren und seine
1277 europaweite Speicherfähigkeit zu verbessern. Wir unterstützen die
1278 EU-Kommission in ihren Bemühungen um den Ausbau eines
1279 europäischen Strom-Binnenmarkts. Auch in der Energiepolitik gilt:
1280 Europa kann nur stark sein, wenn die Integration vorangetrieben
1281 wird. Hierzu müssen der europäische Stromverbund und die
1282 Grenzkuppelstellen weiter ausgebaut werden.

1283 **66.**

1284 *Gemeinschaftsaufgabe mit neuen Chancen*

1285 Die Energiewende ist eine Gemeinschafts- und
1286 Generationenaufgabe, die wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, der
1287 Wirtschaft, Ländern, Städten und Gemeinden und allen
1288 gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam bewältigen wollen. Mit
1289 neuen Formen der Bürgerbeteiligung wollen wir die Akzeptanz in
1290 der Bevölkerung verbessern und einen gemeinsamen Konsens
1291 schaffen. Wir sehen bei den Anwohnern auch den Wunsch, auf
1292 Oberleitungen zu verzichten und stattdessen vermehrt auf Erdkabel,
1293 insbesondere in Wohnortnähe, zu setzen. Hier werden wir Kosten
1294 und Nutzen sorgfältig abwägen, wobei wir bei gesundheitlicher
1295 Unbedenklichkeit auf den raschen Netzausbau und die
1296 Bezahlbarkeit besonderen Wert legen.

1297 Neben den vor uns liegenden Herausforderungen bietet die
1298 Energiewende auch große Chancen für Innovationen und
1299 zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Märkte für Erneuerbare Energien
1300 und Energieeffizienz sind auf innovative Lösungen angewiesen.
1301 Gerade deutschen Unternehmen bieten sich durch ihre
1302 technologische Vorreiterrolle vielfältige Möglichkeiten, zu den
1303 Pionieren eines neuen und sich weltweit entwickelnden Marktes zu
1304 gehören.

1305 **67.**

1306 ***Markintegration beschleunigen und Speichertechnologie***
1307 ***verbessern***

1308 Entscheidend ist es, die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Markt- und
1309 Systemintegration der erneuerbaren Energien voranzutreiben und
1310 Anreize für technische Innovationen zu setzen. Wir wollen den
1311 Netzausbau besser mit dem technologieoffenen weiteren Ausbau
1312 der Erneuerbaren Energien verzahnen. Hierbei muss auch über eine
1313 Fortentwicklung des Fördersystems für Erneuerbare Energien
1314 nachgedacht werden. Wir brauchen zudem stärkere Anreize für
1315 Forschung und Entwicklung sowie einen nachhaltigen Ausbau von
1316 Energiespeichern. Die Bundesregierung stellt im Rahmen der
1317 Hightech-Strategie 200 Mrd. Euro bis 2014 für die Entwicklung neuer
1318 Speichertechnologien bereit. Wir wollen, dass dieses Thema auch
1319 darüber hinaus eine besondere Priorität genießt.

1320 ***Der Staat muss Konzeption, Koordination und Förderung in die***
1321 ***Hand nehmen***

1322 Die Energiewende ist eine gewaltige technische und
1323 organisatorische Herausforderung. Sie erfordert ein umfassendes
1324 Konzept, eine gute Koordination und effiziente Förderung. Hier
1325 sehen wir für die nächsten Jahre ein zentrales Aufgabenfeld
1326 staatlichen Handelns, dessen Hauptverantwortung es ist, die
1327 Energiewende erfolgreich zu gestalten. Deshalb sind eindeutige
1328 Zuständigkeiten und eine klare Abstimmung vor allen Dingen
1329 zwischen Bund und Ländern, zwischen den einzelnen Ländern, aber
1330 auch mit den beteiligten Unternehmen gefordert, genauso wie ein
1331 straffes Projektmanagement.

1332 **68.**

1333 ***Rohstoffzugang sichern und Ressourcen effizient nutzen***

1334 Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind wir auf eine sichere,
1335 nachhaltige und wettbewerbsfähige Versorgung mit Rohstoffen
1336 angewiesen. Viele Bereiche unserer Wirtschaft sind vom Import
1337 strategischer Rohstoffe abhängig. Wir wollen durch eine gezielte
1338 Rohstoff- und Ressourcenpolitik dafür sorgen, dass wichtige
1339 Innovationen auch in Zukunft nicht durch eine unzureichende
1340 Versorgung mit Rohstoffen behindert werden.

1341 Deshalb unterstützt die CDU das Rohstoffkonzept der
1342 Bundesregierung, die Versorgung mit nicht zu ersetzenden
1343 Rohstoffen sicherzustellen und gleichzeitig die Abhängigkeit durch
1344 Investitionen in die Entwicklung von neuen Werkstoffen zu
1345 verringern. Zudem wollen wir die Material- und Energieeffizienz
1346 verbessern und die Recyclingquote erhöhen. Auch die verstärkte
1347 Nutzung einheimischer Rohstoffe kann dazu dienen, die

1348 Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu verringern. Ziel einer
1349 sicheren und nachhaltigen Rohstoffversorgung in Deutschland
1350 muss es sein, auch in den Förderländern den verantwortungsvollen
1351 und transparenten Umgang mit Rohstoffen durch gute
1352 Regierungsführung und eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft unter
1353 Wahrung der Menschenrechte und Einhaltung international
1354 anerkannter sozialer und ökologischer Mindeststandards zu
1355 stärken. Wir begrüßen die Initiativen der deutschen Wirtschaft zum
1356 Aufbau einer Rohstoffallianz, mit dem Ziel, die Versorgung der
1357 verschiedenen Wirtschaftsbereiche mit Rohstoffen langfristig zu
1358 gewährleisten. Wir Christdemokraten wollen die wirtschaftlichen
1359 Rahmenbedingungen für die Gewinnung und Nutzung der Schätze
1360 der Erde so ausgestalten, dass sie einer weltweit nachhaltigen und
1361 friedlichen Entwicklung dienen.

1362 **69.**

1363 **4. Deutschland als innovative Wissens- und Gründergesellschaft**
1364 **voranbringen**

1365 Deutschland ist ein technikfreundliches Land mit einer hohen
1366 technologischen Leistungsfähigkeit. Wir sind stolz darauf, dass
1367 deutsche und ausländische Unternehmen gerne in Deutschland
1368 forschen und Produkte entwickeln. Das ist für uns Ansporn, noch
1369 besser zu werden und die Rahmenbedingungen weiter zu
1370 verbessern. Unser Land ist heute wieder einer der weltweit
1371 führenden Innovationsstandorte. Spitzentechnologie „Made in
1372 Germany“ begründet unseren Weltruf und unsere
1373 Wettbewerbsfähigkeit. Sie sichert so Arbeitsplätze, Wachstum und
1374 Wohlstand.

1375 ***Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf Rekordstand***

1376 Noch nie wurde in Deutschland so viel für Forschung und
1377 Entwicklung ausgegeben wie unter der CDU-geführten
1378 Bundesregierung. Die öffentlichen und privaten Aufwendungen sind
1379 auf den Rekordwert von knapp 70 Mrd. Euro gestiegen und haben
1380 die angestrebten drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes nahezu
1381 erreicht. Allein die jährlichen Ausgaben der Bundesregierung für
1382 Forschung und Entwicklung sind in der Regierungszeit der CDU
1383 von neun Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 13,7 Mrd. Euro in 2011
1384 gestiegen. In dieser Legislaturperiode sind insgesamt 12 Mrd. Euro
1385 zusätzlich für Bildung und Forschung ausgegeben worden. Das ist
1386 ein deutliches und ermutigendes Zukunftssignal. Wir sind davon
1387 überzeugt, dass Investitionen in die Wissenschaft die Chancen und
1388 Arbeitsplätze von morgen sind. Doch nicht nur die Ausgaben, auch
1389 die Ergebnisse der Wissenschaft stimmen zuversichtlich: Die
1390 Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen pro Einwohner als

1391 wichtiges Kriterium für die Leistungsfähigkeit der Forschung ist
1392 zwischen 2000 und 2010 um rund 28 Prozent gestiegen. Damit
1393 konnten wir erstmalig den bisherigen Spitzenreiter USA überholen.
1394 Das ist eine beeindruckende Leistung unserer Hochschulen und
1395 außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

1396 **70.**

1397 ***Hochschulen und Forschungseinrichtungen ziehen Studenten aus***
1398 ***der ganzen Welt an***

1399 Es ist auch ein Beitrag zum hervorragenden nationalen und
1400 internationalen Ansehen unserer Hochschulen und
1401 Forschungseinrichtungen. Die Zahl der ausländischen Studenten
1402 hat sich seit Anfang 2000 um 60 Prozent erhöht. Die
1403 Förderorganisation DAAD und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung
1404 sind hierbei wichtige Stützen. Insgesamt studieren in Deutschland
1405 mit über 2,2 Millionen so viele junge Menschen wie noch nie. Im
1406 gleichen Zeitraum hat auch die Zahl der wissenschaftlichen Stellen
1407 in Deutschland um 60 000 zugenommen. Mittlerweile arbeiten in
1408 Deutschland mehr als eine halbe Million Menschen für Forschung
1409 und Entwicklung – das ist ein Rekordstand.

1410 ***Technikbegeisterung fördern und verantwortungsvolle Talente für***
1411 ***die Zukunft gewinnen***

1412 Wir wollen als offene Wissensgesellschaft auch langfristig
1413 erfolgreich sein. Wir wollen Schritt halten im globalen Wettbewerb.
1414 Dafür müssen wir unsere Offenheit für neue Technologien und
1415 unsere Neugier für Veränderung bewahren und ausbauen.
1416 Technikbegeisterung und Technikinteresse gilt es früh zu wecken.
1417 Immer mehr Kindergärten werden deshalb zum „Haus der kleinen
1418 Forscher“. Über eine Million Kinder in mehr als 19 000 Kitas werden
1419 mit diesem naturwissenschaftlich-technischen Angebot bereits
1420 erreicht. In der Schule stärken wir die MINT-Fächer (Mathematik,
1421 Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und bauen sie qualitativ
1422 aus. Solide naturwissenschaftliche und technische Bildung ist für
1423 jeden wichtig.

1424 Wir wollen Deutschland zu einer Talentschmiede mit Chancen für
1425 Alle machen. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur Förderung von
1426 besonders Begabten. Mit Blick auf die Begabten sehen wir auch,
1427 dass die Zukunft unseres Landes entscheidend vom Engagement
1428 und der Innovationskraft seiner Eliten abhängt. Für die CDU steht
1429 fest: Eine Elite zeichnet sich durch fachliche Exzellenz, hohes
1430 Verantwortungsbewusstsein und klare Werte aus. Grundsätze der
1431 Verantwortungs- und Gesellschaftsbildung sind daher für uns fester
1432 Bestandteil der Förderung von Eliten.

1433 71.

1434 ***Studienfinanzierung gesichert und neue Karrierewege eröffnet***

1435 Für junge Menschen ist die Finanzierung ihres Studiums eine
1436 zentrale Frage. Wir lassen sie hier nicht allein und sehen das BAföG
1437 weiter als starke Säule unserer Studienfinanzierung. Zur gezielten
1438 Talentförderung haben wir das Deutschlandstipendium eingeführt
1439 und wollen es ausbauen. Sein Erfolg zeigt, dass es richtig war, den
1440 Weg zu einer neuen Spenden- und Alumnikultur einzuschlagen und
1441 ein stärkeres privates Engagement für unsere Nachwuchsförderung
1442 zu erschließen. Auch die Mittel für die Begabtenförderungswerke
1443 haben wir erhöht. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden
1444 wir auf Talente und Begabungen zugeschnittene Karrierewege
1445 weiter fördern. Wir wollen den akademischen Mittelbau wieder
1446 stärken. Hierfür sollen z. B. verschiedene Formen von Professuren
1447 weiterentwickelt werden. Unser Ziel sind attraktive,
1448 familienfreundliche Rahmenbedingungen und planbare
1449 Karriereperspektiven.

1450 ***Wir fördern Exzellenz und bleiben ein verlässlicher Partner für die***
1451 ***Wissenschaft***

1452 Für Spitzenleistungen des Forschungsstandortes Deutschland
1453 wollen wir die Dynamik der Exzellenzinitiative der Hochschulen
1454 auch nach 2017 nutzen und dafür entsprechende Ansätze
1455 entwickeln. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation bleiben wir
1456 ein verlässlicher Partner der Wissenschaft und werden auch künftig
1457 mit einem stabilen Aufwuchs von fünf Prozent jährlich zur
1458 Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen einen
1459 soliden Beitrag leisten. Mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz haben
1460 wir ein wichtiges Projekt für den Forschungsstandort Deutschland
1461 auf den Weg gebracht. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
1462 erhalten mehr Freiheit und Eigenständigkeit bei der
1463 Mittelverwendung, damit die Forschungsfördermittel noch effektiver
1464 eingesetzt werden können. Bei der Personalgewinnung ergeben
1465 sich neue Chancen, da Spitzenforschern künftig auch international
1466 wettbewerbsfähige Gehälter gezahlt werden können. Das stärkt
1467 unsere Rolle im internationalen Wettbewerb. Wir wollen für den
1468 Hochschulbereich vergleichbare Freiheiten erreichen – in
1469 Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Diese Zusammenarbeit
1470 von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung wollen wir
1471 auch durch die seitens der Bundesregierung angestoßene
1472 Grundgesetzänderung stärken. Dabei bedingen sich exzellente
1473 Forschung und exzellente Lehre gegenseitig. Wenn Forscher ihre
1474 Expertise in ihren Lehrveranstaltungen mit Studenten teilen,
1475 profitieren alle Beteiligten. Die Exzellenz von universitärer Lehre
1476 schafft die Grundlage für die Exzellenz von

1477 Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchsfachkräften für die
1478 deutsche Wirtschaft. Die CDU begrüßt die Initiativen der Länder die
1479 Lehre an den Hochschulen zu stärken und trotz steigender
1480 Studentenzahlen weiter zu verbessern.

1481 **72.**

1482 ***Mit der Hightech-Strategie und Spitzenclustern die Zukunft***
1483 ***gewinnen***

1484 Mit unserer Hightech-Strategie 2020 bündeln wir die Forschungs-
1485 und Innovationsaktivitäten und richten sie auf die großen
1486 Herausforderungen und Zukunftsmärkte aus: Klima und Energie,
1487 Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und
1488 Kommunikation. Deutschland soll hier Vorreiter bei der
1489 Lösungsfindung sein.

1490 Wir fördern hierzu Spitzencluster, in denen führende Unternehmen,
1491 Forschungseinrichtungen, Verwaltung und weitere Akteure eines
1492 Technologiefeldes ihre Kräfte in einer Region bündeln. Wir
1493 entwickeln neue Modelle der öffentlich-privaten Partnerschaft. In
1494 Forschungszentren arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft an den
1495 Problemen von morgen und entwickeln die Techniklösungen und
1496 Dienstleistungen von übermorgen.

1497 Wir werden im Rahmen der Versorgungsforschung stärker
1498 wissenschaftlich untersuchen, wie Patienten, insbesondere ältere
1499 und chronisch Kranke in Deutschland versorgt sind. Auf dieser
1500 Basis wollen wir optimale Therapien und neue
1501 Versorgungskonzepte entwickeln und umsetzen, die die
1502 Lebensqualität der Patienten im Alltag verbessern und die
1503 gleichzeitig wirtschaftlich sind.

1504 ***Forschungsraum Europa stärken***

1505 Wissenschaft ist international, deshalb darf sich die
1506 Zusammenarbeit auch nicht auf Regionen in Deutschland
1507 beschränken. Vielmehr brauchen wir in der Globalisierung einen
1508 gemeinsamen Forschungsraum Europa. Wir werden hierfür ein
1509 starker Partner in Europa sein, unsere Hightech-Strategie nach
1510 Europa tragen und ein starkes Netz der europäischen
1511 Innovationsregionen knüpfen. Das schafft Innovations- und
1512 Wachstumsimpulse in Deutschland und ganz Europa.

1513 **73.**

1514 ***Rahmenbedingungen für Technologietransfer und***
1515 ***Unternehmensgründungen verbessern***

1516 Wir wollen, dass aus noch mehr Forschungsergebnissen schnell
1517 serienreife Produkte und Systeme werden. Dazu wollen wir mit der

1518 Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ein neues
1519 unbürokratisches Förderinstrument erproben, das zusätzliche
1520 Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere
1521 Unternehmen setzt. Die bestehende themenoffene Projektförderung
1522 wollen wir als Kern der Mittelstandsförderung fortsetzen.

1523 Wir haben die Beteiligung von Forschungseinrichtungen an
1524 Ausgründungen deutlich erleichtert. Mit der Weiterentwicklung der
1525 „EXIST“-Initiative wollen wir universitätsweite Gründungsstrategien
1526 unterstützen, die es für Studenten und Absolventen attraktiver
1527 macht, ihre Ideen schneller und erfolgreicher am Markt umzusetzen.
1528 Insgesamt geht es darum, die Bedingungen für Gründungen gerade
1529 im dynamischen und schnell wachsenden Hightech-Bereich zu
1530 verbessern.

1531 Wir werden einen neuen „Investitionszuschuss Wagniskapital“
1532 einführen, von dem insbesondere „Business Angel“ profitieren
1533 sollen und der zur notwendigen Verbesserung der
1534 Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland beiträgt.
1535 Wagniskapitalfonds sollen darüber hinaus als Vermögensverwalter
1536 von der Gewerbesteuer befreit sein. Mit dem neu angelegten
1537 Hightech-Gründerfonds können wir neu gegründeten
1538 Technologieunternehmen eine erste Finanzierung anbieten.

1539 **74.**

1540 **5. Chancen der Digitalisierung nutzen**

1541 Internet und digitale Wirtschaft treiben Innovation und Wachstum
1542 rasant voran. Gerade in den traditionellen Wirtschaftsbereichen
1543 wird die Digitalisierung immer stärker zum Wachstumstreiber:
1544 International gehören wir heute zur Spitzengruppe, aber die
1545 Geschwindigkeit der Veränderungen ist enorm und nimmt
1546 international weiter zu. Weitere Anstrengungen sind deshalb
1547 notwendig, wenn wir auch in Zukunft eine gestaltende Rolle in
1548 diesem Bereich wahrnehmen wollen. Deshalb wollen wir uns hier
1549 besonders engagieren – mit dem Ziel, Deutschland zum digitalen
1550 Wachstumsland Nummer 1 bis zum Ende des Jahrzehnts zu
1551 machen.

1552 Wir sehen vor allem die damit verbundenen großen Chancen für
1553 unser Land und ein besseres Leben: Wir sehen die Chancen für
1554 eine moderne medizinische Betreuung durch eine IT-gestützte
1555 Gesundheitsversorgung („E-Health“). Wir sehen die Chancen im
1556 Bereich der Bildung an Schulen und Hochschulen. Präsenz- und
1557 Onlinelernen können dort miteinander verbunden werden. Wir
1558 sehen die Chancen des „Internets der Dinge“, bei dem Geräte und

1559 Maschinen über das Internet eigenständig miteinander
1560 kommunizieren. Wir sehen die Möglichkeiten für eine
1561 bürgerfreundliche Modernisierung der Verwaltung mit
1562 internetgestützten Dienstleistungszentren („E-Government“), die die
1563 Zusammenarbeit der Behörden verbessern, Kosten sparen und die
1564 Servicequalität erhöhen. Wir sehen, wie starre Arbeitszeitmodelle im
1565 Interesse von mehr persönlicher Flexibilität durch neue Formen der
1566 Kommunikation und eine Überwindung der Trennung von Arbeits-
1567 und Wohnwelt aufgebrochen werden können. Wir sehen auch neue
1568 Trends wie die durch das Internet hervorgebrachte „Wirtschaft des
1569 Teilens“ („sharing economy“) und deren Wachstumschancen.
1570 Sogenannte „Smart Homes“ werden schon in naher Zukunft unser
1571 Heim und unseren privaten Lebensraum prägen. Wir wollen diese
1572 großen Chancen und wirtschaftlichen Potenziale – zusammen mit
1573 den Menschen und Unternehmen in unserem Land – engagiert
1574 anpacken.

1575 **75.**

1576 ***Neue Schwerpunkte in der Hightech-Strategie***

1577 Mit dem Internet lassen sich Geschäftsmodelle weltweit vermarkten.
1578 Um diese Chance besser zu nutzen, werben wir für eine stärkere
1579 Internationalisierung. Dies werden wir gezielt mit
1580 grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten im Bereich von
1581 Wissenschaft und Forschung unterstützen.

1582 Zentrale Zukunftsherausforderungen, wie die Energiewende und der
1583 demografische Wandel, sind ohne Informations- und
1584 Kommunikationstechnologien (IKT) nicht zu meistern. Deshalb
1585 wollen wir hier innerhalb der Hightech-Strategie der
1586 Bundesregierung besondere Schwerpunkte setzen und damit
1587 Themen wie „Cloud Computing“, „Green IT“, „Internet der Dinge“,
1588 „E-Energy“, „Internet der Dienste“ und Elektromobilität
1589 voranbringen.

1590 **76.**

1591 ***Cyber-Kriminalität und mehr Sensibilität für Gefahren***

1592 Die zunehmende Digitalisierung bringt auch neue Gefahren,
1593 Verwundbarkeiten und Angriffsmöglichkeiten mit sich. Der Schutz
1594 der Privatsphäre und ein effektiver Datenschutz sind für uns auch in
1595 der digitalen Welt unverzichtbar. Nach vorsichtigen Schätzungen
1596 entsteht weltweit durch Cyber-Kriminalität jährlich ein Schaden in
1597 hoher dreistelliger Milliardenhöhe. Zum Schutz deutscher Bürger,
1598 Unternehmen und Verwaltungen sowie ihres geistigen Eigentums
1599 ist es daher mehr denn je erforderlich, wirksame Maßnahmen gegen
1600 Attacken aus dem Cyberraum zu entwickeln. Wir sehen vor dem

1601 Hintergrund der stetig wachsenden Bedeutung der Datensicherheit
1602 in solchen Projekten auch große wirtschaftliche Chancen. Die
1603 hohen deutschen Sicherheitsstandards und der gute Ruf deutscher
1604 IT Unternehmen bieten dafür exzellente Voraussetzungen. Wichtig
1605 ist, dass die gesetzlichen Regeln mit der fortschreitenden
1606 Digitalisierung Schritt halten und auch im Cyberraum helfen, die
1607 Balance zwischen Freiheit und Verantwortung zu wahren.
1608 Insbesondere wollen wir unsere Kinder und Jugendlichen mit den
1609 neuen Techniken vertraut machen und sie mit Blick auf die Risiken
1610 und Gefahren der digitalen Gesellschaft sensibilisieren.

1611 **77.**

1612 ***Breitbandversorgung***

1613 Damit wirklich alle Menschen in Deutschland von den Chancen der
1614 Digitalisierung profitieren können, setzt sich die CDU intensiv für
1615 den Ausbau der Breitbandversorgung in unserem Land ein. Es kann
1616 nicht so bleiben, dass in den Großstädten Geschwindigkeiten bis zu
1617 100 MBit pro Sekunde angeboten werden, während in den
1618 ländlichen Räumen mit DSL Light ins Internet gegangen wird. Das
1619 Internet gehört dabei für uns mit zur Daseinsvorsorge. Wir
1620 unterstützen die Breitbandstrategie der Bundesregierung und
1621 setzen auf Technologieoffenheit beim Breitbandausbau. Wir wollen,
1622 dass möglichst bald flächendeckend Hochleistungsnetze zur
1623 Verfügung stehen. Um die Leistungsfähigkeit des Funknetzes für
1624 die mobile Internetnutzung weiter zu erhöhen, muss bei der
1625 nächsten Vergabe von Rundfunkfrequenzen (Digitale Dividende II)
1626 sichergestellt werden, dass der ländliche Raum ausreichend und
1627 gleichwertig versorgt wird.

1628 **78.**

1629 Wir setzen auf kommunale Investitionen, um auch im ländlichen
1630 Raum eine gute Versorgung zu erreichen. Wir rufen Bürgermeister,
1631 Landräte und Wirtschaftsförderer auf, die Initiative zu ergreifen und
1632 die Fördermaßnahmen zu nutzen. Die Rahmenbedingungen haben
1633 wir durch die Novelle des Telekommunikationsgesetzes attraktiver
1634 gestaltet, z. B. durch die Möglichkeit der Mitnutzung von Leerrohren
1635 von Abwasserkanälen und Energienetzen und eine geringere
1636 Verlegetiefe. Wir werden uns weiterhin für eine Verbesserung der
1637 Rahmenbedingungen einsetzen, um die Bereitschaft für
1638 Investitionen zu erhöhen. Im Dialog zwischen Bund, Ländern und
1639 Kommunen werden wir für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen
1640 sorgen und auf weitere Erleichterungen, z. B. durch die Anpassung
1641 von Bauvorschriften, drängen.

1642 *Mobiles Internet*

1643 Das Internet wird mobil. Bereits 26,5 Prozent der Bevölkerung
1644 greifen von unterwegs auf das Internet zu. In Großstädten im
1645 europäischen Ausland, aber auch in Japan oder den USA, wird die
1646 flächendeckende Versorgung mit kostenlosem WLAN immer öfter
1647 zu einer Selbstverständlichkeit. Wir wollen nach Vorbild der
1648 Olympia-Stadt London auch in Deutschland die Voraussetzungen
1649 schaffen, damit in unseren Großstädten mobiles Internet über
1650 WLAN verfügbar wird und damit die Voraussetzung für neue
1651 Geschäftsmodelle entsteht. Dabei setzen wir auf private Investoren
1652 sowie Kooperationen mit regionalen Initiativen.

1653 **79.**

1654 *Querschnittsaufgabe Digitalisierung*

1655 Wir sehen in der Digitalisierung unseres Landes eine der großen
1656 Herausforderungen für die Zukunft. Sie betrifft alle Lebensbereiche
1657 und braucht daher eine vernetzte Strategie. Es kommt darauf an, die
1658 Informationsinfrastruktur überall im Land weiter zu stärken,
1659 kontinuierlich und verlässlich in Bildung, Forschung und
1660 Entwicklung zu investieren und die Systemkompetenz für die
1661 Anwendung und die Produktion im digitalen Wachstumsmarkt
1662 auszubauen. Wir wollen den erfolgreichen IT-Gipfel-Prozess
1663 fortführen und in Zukunft neue Schwerpunkte im Bereich von
1664 Gründergeist, Venture Capital und der Bildung unserer Kinder und
1665 Jugendlichen legen. Um die Querschnittsaufgabe Digitalisierung
1666 künftig effektiver zu koordinieren, treten wir dafür ein, künftig einen
1667 Beauftragten der Bundesregierung für die Digitalisierung zu
1668 berufen.

1669 **80.**

1670 **6. Wie Deutschland mobil bleibt**

1671 Für Wohlstand und Wachstum im 21. Jahrhundert braucht
1672 Deutschland eine moderne und leistungsstarke
1673 Verkehrsinfrastruktur. Das bedeutet freie Fahrt für die Bürger – ob
1674 mit dem Auto oder Fahrrad, mit Bus oder Bahn, ob auf dem Land
1675 oder in der Stadt. Und das bedeutet leistungsfähige Verkehrswege
1676 für unsere Bürger und Wirtschaft – ob Straße oder Schiene, ob zu
1677 Wasser oder in der Luft. Denn wie kaum ein anderes Land zieht
1678 Deutschland seine Wirtschaftskraft aus dem globalisierten Handel,
1679 vor allem aus dem Export unserer Waren und Güter.

1680 Wir setzen dabei auf nachhaltige Mobilität. Wir wollen eine
1681 Verkehrsinfrastruktur mit weniger Lärm, weniger Schmutz und
1682 weniger Schadstoffen. Dazu gehört auch der Einsatz für
1683 zukunftsweisende Technologien – von umweltschonenden Motoren

1684 bis zu intelligenten Verkehrssystemen. Wir setzen auf die
1685 Leistungsfähigkeit und Innovationsstärke der deutschen
1686 Verkehrswirtschaft.

1687 **81.**

1688 *Standortvorteil Infrastruktur ausbauen und bessere*

1689 *Bürgerbeteiligung*

1690 Deutschland hat durch seine leistungsfähige Infrastruktur einen
1691 Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Diesen Vorteil
1692 wollen wir durch wachsende Investitionen erhalten und ausbauen.
1693 Mit einem 25 Milliarden Investitionsprogramm für Bundesstraßen in
1694 der kommenden Legislaturperiode wollen wir hier einen besonderen
1695 Schwerpunkt setzen. Dazu gehört aber auch der Ausbau des
1696 Schienen- und Wasserstraßennetzes. Dazu gehören leistungsfähige
1697 Flughäfen sowie See- und Binnenhäfen. Dazu gehört die
1698 Verbesserung der Verkehrswege in andere Länder im Allgemeinen
1699 und die konsequente Verwirklichung der transeuropäischen Netze
1700 im Besonderen. Und dazu gehört schließlich eine möglichst
1701 effiziente Nutzung der bestehenden Infrastruktur.

1702 Grundsätzlich müssen sich die Investitionen in die
1703 Verkehrsinfrastruktur am tatsächlichen Bedarf orientieren. Klare
1704 Kompetenzen in der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern
1705 und Kommunen, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen auch
1706 bei den Bundesfernstraßen, sowie schnellere Planungs- und
1707 Genehmigungsverfahren mit einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung
1708 können die Effizienz verbessern. Auch die Möglichkeiten von
1709 Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) sollen hier verstärkt
1710 genutzt werden, wenn dadurch Finanzmittel besser eingesetzt
1711 werden können. Der neue Bundesverkehrswegeplan für die Zeit ab
1712 2015 muss deshalb stärker zwischen wirtschaftlich bzw.
1713 infrastrukturell bedeutenden und sonstigen Verkehrswegen
1714 unterscheiden.

1715 **82.**

1716 *Wirtschafts- und Verkehrswachstum entkoppeln*

1717 Eine große Herausforderung für die Mobilität der Zukunft ist der
1718 stetig wachsende Verkehr, insbesondere der Güterverkehr. Hier gilt
1719 es, Wirtschafts- und Verkehrswachstum so weit wie möglich zu
1720 entkoppeln. Dazu gehört eine Verlagerung des Verkehrs auf
1721 umweltverträgliche Verkehrsmittel ebenso wie weniger Emissionen
1722 und eine größere Ressourceneffizienz bei herkömmlichen
1723 Verkehrsträgern.

1724 ***Gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land sicherstellen***
1725 Wir wollen den Anforderungen des demografischen Wandels
1726 gerecht werden und auch bei der Verkehrspolitik für eine
1727 gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land sorgen. In den
1728 Ballungsräumen setzen wir auf einen starken Öffentlichen
1729 Personennahverkehr auf einer soliden finanziellen Grundlage als
1730 Herzstück moderner Verkehrspolitik. Insgesamt geht es um
1731 innovative, emissionsarme und platzsparende Lösungen wie etwa
1732 die Elektromobilität, Car-Sharing sowie den Ausbau der
1733 Radverkehrsinfrastruktur.

1734 **83.**

1735 Aber auch in Gegenden, wo die Bevölkerungszahl zurückgeht,
1736 wollen wir die Mobilität sicherstellen. Wir wollen, dass diese
1737 Regionen auch bei sinkender Einwohnerzahl – mit weniger Schul-
1738 und Ausbildungsverkehr und immer mehr mobilen älteren
1739 Menschen – lebenswert bleiben.

1740 Dazu gibt es bewährte Beispiele: Bürger- und Anrufbusse oder
1741 Busse, die neben Personen auch Fahrräder oder Pakete
1742 transportieren. Es gibt Mitfahrgelegenheiten, die über das Internet
1743 buchbar sind sowie rollende Verkaufsläden, Apotheken und
1744 Banken. Für all dies müssen die rechtlichen Grundlagen und die
1745 Finanzierung gesichert werden.

1746 Hemmende Vorschriften müssen konsequent geändert oder
1747 gestrichen werden. Ein Beispiel ist etwa die
1748 Straßenverkehrsordnung: Hier dürfen mobile Verkaufsflächen auf
1749 Straßen nur in engen Grenzen genutzt werden. Dadurch allerdings
1750 wird gerade in ländlichen Gebieten die Nahversorgung durch mobile
1751 Dienste erschwert.

1752 **84.**

1753 ***Nachhaltige Mobilität***

1754 Der Straßenverkehr verursacht heute rund 95 Prozent der CO₂-
1755 Emissionen des Verkehrssektors. Deshalb sehen wir in der
1756 Weiterentwicklung neuer Antriebstechnologien einen zentralen
1757 Hebel für eine nachhaltige Mobilität. Sie muss aber eingebettet sein
1758 in eine Gesamtstrategie. Die CDU Deutschlands bekennt sich daher
1759 zu einem vernetzten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe,
1760 Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und
1761 Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt.

1762 Die lange und beeindruckende Erfahrung der deutschen Autobauer
1763 ist gefordert, wenn es um die Erforschung und Entwicklung
1764 alternativer Antriebe geht. Chancen sehen wir auch in modernen,

1765 medial vernetzten (z. B. über Smartphones) Verkehrsleit- und
1766 Telematik-Systemen. Neue Möglichkeiten stecken auch in der
1767 Umsetzung des Satelliten-Navigationssystems Galileo in praktische
1768 und wirtschaftlich sinnvolle Angebote für die Nutzer.

1769 Die CDU Deutschlands möchte den technologischen Trend vom
1770 klassischen Verbrennungsmotor zu alternativen Antrieben
1771 begleiten. Hierzu gehört die Förderung von Pilotprojekten genauso
1772 wie die Schaffung eines geeigneten Marktumfeldes (z. B.
1773 Ladestationen, Tankstelleninfrastruktur, steuerliche
1774 Rahmenbedingungen). Als Teil dieser Gesamtstrategie bekennt sich
1775 die CDU Deutschlands nachdrücklich zu dem Ziel, Deutschland bis
1776 2020 zum Leitanbieter und Leitmarkt von Elektromobilität zu
1777 machen. Dafür muss es gelingen, bei uns alle Glieder der
1778 Wertschöpfungskette vom Rohstoff über die Batterieherstellung bis
1779 zum Fahrzeug zu etablieren.

1780 **85.**

1781 **V. Deutschland 2025**

1782 Unser Maßstab für erfolgreiche Politik ist eine gute Zukunft für die
1783 Menschen in Deutschland und Europa. Unsere Aufgabe heißt: Wie
1784 können wir dafür als Christdemokraten die Weichen richtig stellen.
1785 In diesem Programm haben wir beschrieben, welche Prinzipien uns
1786 leiten, wo unser Ziel ist und wie wir es erreichen wollen.

1787 Wir wissen aus den Erfahrungen der letzten Jahre, was wir
1788 erreichen können, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam ein
1789 Ziel verfolgen. Unsere Stärke ist, dass wir den Menschen in
1790 unserem Land etwas zutrauen. Wir wissen, dass sie für sich und für
1791 andere Verantwortung übernehmen, einen aktiven Beitrag für unser
1792 Gemeinwesen leisten wollen und nicht darauf warten, dass der
1793 Staat diese Aufgabe für sie wahrnimmt. Weil uns das Wohl
1794 zukünftiger Generationen besonders wichtig ist, sind langfristige
1795 und nachhaltige Antworten erforderlich. Wir wollen bereits heute die
1796 Weichen dafür stellen, dass unser Land auch in Zukunft erfolgreich
1797 ist. Ein Blick in das kommende Jahrzehnt zeigt, was wir erreichen
1798 können, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam anpacken:

1799 **86.**

1800 ***Wie wir die Zukunft für uns gewinnen***

1801 Deutschland 2025 ist ein Land, das allen Menschen, die bei uns
1802 leben, eine gute Heimat ist. Kinder wachsen in einem Land auf, in
1803 dem Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit eine große Rolle
1804 spielen. Sie bekommen eine hervorragende Ausbildung und sind
1805 damit in der Lage, sich den vor ihnen liegenden Herausforderungen

1806 mit Zuversicht zu stellen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist
1807 gewachsen. Viele Menschen engagieren sich für die Gesellschaft,
1808 weil sie ein Bewusstsein dafür entwickelt haben, wie wichtig es ist,
1809 Brücken zwischen den Generationen zu schlagen und die
1810 Bürgergesellschaft zu stärken. Familie und Beruf sind keine
1811 Gegensätze mehr, sondern gehören selbstverständlich zusammen.
1812 Neue Arbeitsmodelle haben diese Entwicklung genauso begünstigt
1813 wie ein deutlich verbessertes Betreuungs- und Bildungsangebot für
1814 Kinder. Die Politik der CDU, die auf die Ideen und das Engagement
1815 der Menschen setzt, hat dazu wichtige Impulse gegeben.

1816 **87.**

1817 Trotz fortschreitender Globalisierung und neuer wirtschaftlicher
1818 Mitbewerber ist unser Land weiterhin eines der führenden
1819 Volkswirtschaften der Welt. Wachstum und Beschäftigung sind
1820 höher als in vielen anderen Industrieländern. Das ist das Ergebnis
1821 der hohen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und ihrer Stärke
1822 auf den internationalen Märkten. Beides ist maßgeblich auf die gute
1823 Ausbildung, die hohe Qualifikation der Mitarbeiter und die weiterhin
1824 hohe Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft
1825 zurückzuführen. Mehr als jeder zweite Euro wird 2025 in besonders
1826 forschungsintensiven Branchen verdient. Viele deutsche
1827 Unternehmen sind in ihren Bereichen Weltmarktführer.

1828 Das gilt vor allem für die traditionell starken deutschen Branchen
1829 wie den Maschinenbau, die Chemie- und Automobilindustrie, deren
1830 Produkte zum Aufbau der neuen industriellen Basis in Asien,
1831 Lateinamerika und Osteuropa stark nachgefragt worden sind. Aber
1832 auch der Anteil vieler neuer Branchen – wie der Nanotechnologie,
1833 Mikroelektronik, Biotechnologie und Photonik – spielt eine
1834 zunehmend wichtigere Rolle. Dabei hat es sich als richtig erwiesen,
1835 die Chancen der Digitalisierung offensiv zu nutzen. Dadurch sind
1836 Produktionsprozesse wesentlich nachhaltiger gestaltet, Kosten
1837 gesenkt und neue Märkte für unsere Industrie erschlossen worden.
1838 „Made in Germany“ ist damit auch in der globalisierten Welt des
1839 Jahres 2025 ein Aushängeschild für deutsche Qualitätsarbeit. Damit
1840 werden in der Heimat Millionen von Arbeitsplätzen gesichert.

1841 **88.**

1842 2025 ist die Energiewende in Deutschland weit vorangekommen.
1843 Das deutsche Stromnetz entwickelt sich zum modernsten der Welt.
1844 Die Windparks – vor allem in der Nord- und Ostsee – sind der
1845 Grundpfeiler einer stabilen Versorgung. Der Anteil der Erneuerbaren
1846 Energien steigt kontinuierlich, die ehrgeizigen Klimaschutzziele
1847 werden eingehalten. Es ist gelungen, einen weltweiten
1848 Zertifikatehandel einzuführen und den Klimaschutz so auf der

1849 ganzen Welt effizienter zu machen. Deutschland ist das Vorbild für
1850 andere Länder, die ihre Energieversorgung umstellen wollen, um
1851 sich unabhängiger von teuren Rohstoffen zu machen.

1852 Bei der Frage, wie ein höheres Bruttoinlandsprodukt mit einem
1853 geringeren Ressourcenverbrauch als heute erwirtschaftet werden
1854 kann, sind bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden.
1855 Entscheidend dazu beigetragen haben neue Verkehrskonzepte, die
1856 Mobilität durch Erneuerbare Energien und eine effizientere
1857 Organisation sicherstellen. Auch vielversprechende Innovationen
1858 haben den Durchbruch zu einer ressourcenschonenden Produktion
1859 gebracht. Dadurch sind echte Fortschritte bei der Entkopplung von
1860 Produktion und Rohstoffeinsatz gelungen. Deutschland konnte
1861 damit seinen Ruf als eines der Innovationszentren der Welt weiter
1862 ausbauen und wird oft als Vorbild für eine nachhaltige
1863 Marktwirtschaft genannt.

1864 **89.**

1865 Die oft schmerzvollen Reformen im Zuge der Euro-Krise haben
1866 Europas Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gestärkt. Die erheblichen
1867 Leistungsbilanzunterschiede haben sich im Zuge dieser Politik
1868 deutlich reduziert. Der Euro behauptet auch in einer vielfältiger
1869 gewordenen Währungswelt seine Rolle. Seine Attraktivität verdankt
1870 er der von der Europäischen Zentralbank erfolgreich garantierten
1871 Preisstabilität sowie einem politisch und wirtschaftlich gestärkten
1872 Europa. Aus der Währungsunion ist immer stärker eine politische
1873 Union geworden. Auch deshalb ist Europa 2025 stärker als vor der
1874 Krise.

1875 Deutschland hat mit seiner Wirtschaftskraft in der Phase der Krise
1876 die Nachfrage in Europa gefestigt. Auch die Stabilität des deutschen
1877 Finanzsystems hatte daran einen wichtigen Anteil. Seinen guten Ruf
1878 als Stabilitätsanker hat Deutschland trotz der großen solidarischen
1879 Leistungen für die Eurozone bewahren können. Deutschland hält
1880 konsequent die Kriterien der Schuldenbremse ein und hat dadurch
1881 auch den Schuldenstand wieder unter 60 Prozent des
1882 Bruttoinlandsprodukts gesenkt, womit ein zentrales Maastricht-
1883 Kriterium erfüllt ist. Auf einen Staat, der sich nicht übermäßig
1884 verschuldet, sollen sich unsere Kinder und Enkel auch nach 2025
1885 verlassen können.

1886 **90.**

1887 Der demografische Wandel hat unserem Land viel abverlangt und
1888 Veränderungen mit sich gebracht. Mehr als jeder Dritte ist über 60
1889 Jahre alt, während die Gruppe der unter 20-Jährigen nur halb so
1890 groß ist. Dennoch haben wir den Zusammenhalt zwischen den

1891 Generationen gestärkt, aber angesichts weiter bestehender
1892 Herausforderungen müssen wir auch 2025 weiter daran arbeiten. In
1893 vielen Betrieben fehlen Fachkräfte, weil die Erwerbsbevölkerung
1894 noch stärker abgenommen hat als die Gesamtbevölkerung. Die
1895 Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge muss in immer mehr
1896 Regionen an die veränderte Bevölkerungsdichte angepasst werden.
1897 Das gelingt aber zunehmend besser und hat vielen Unternehmen
1898 neue Chancen eröffnet. Die flächendeckende Versorgung mit
1899 schnellem Internet hat neue Möglichkeiten für interessante
1900 Geschäftsmodelle eröffnet und zahlreiche demografiespezifische
1901 Produktinnovationen hervorgebracht, die auch in anderen Ländern
1902 nachgefragt werden, weil diese die jetzt vor den gleichen
1903 Herausforderungen stehen wie Deutschland vor 15 Jahren. Die
1904 demografische Herausforderung ist zur Basis eines neuen
1905 attraktiven Geschäftsfeldes geworden. Nicht zuletzt dadurch ist es
1906 auch gelungen, in den ländlichen Regionen unseres Landes neue
1907 innovative Arbeitsplätze zu schaffen und deren Attraktivität für
1908 künftige Entwicklungen zu sichern.

1909 **91.**

1910 ***Alle sind eingeladen an der Zukunft mitzuwirken***

1911 Ob dieser Blick in die Zukunft Realität wird, kann heute niemand mit
1912 Gewissheit vorhersagen. Aber wir sind guten Mutes und fest davon
1913 überzeugt, dass wir alle Chancen haben, dieses Szenario
1914 Wirklichkeit werden zu lassen. Mit dem christlichen Menschenbild
1915 haben wir einen Kompass, der uns ermutigt, diesen Ausblick als
1916 Chance zu begreifen.

1917 Wir sind fest entschlossen, uns dafür einzusetzen, dass
1918 Deutschland auch 2025 allen Menschen in diesem Land eine gute
1919 Heimat ist. Für sie und ihre Zukunft setzen wir uns ein. Gemeinsam
1920 mit ihnen wollen wir Deutschland weiter voranbringen und auch im
1921 kommenden Jahrzehnt weltweit eine verantwortungsvolle Rolle für
1922 Freiheit und Frieden spielen. Bei der Gestaltung der vor uns
1923 liegenden Aufgaben vertrauen wir auf die Prinzipien der Sozialen
1924 Marktwirtschaft, weil sie auf die Ideen und den Fleiß der Menschen
1925 setzt. Zusammen mit den Mitgliedern der CDU, den zehntausenden
1926 Amts- und Mandatsträgern in Gemeinden und Städten, Landkreisen
1927 und Landesparlamenten, im Bundestag und im Europäischen
1928 Parlament engagieren wir uns für unser Land und laden alle
1929 Menschen bei uns ein, diesen Weg mitzugehen.